

Finanzausschuss
Wortprotokoll
108. Sitzung

Berlin, den 27.11.2008, 14:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus,
Adele-Schreiber-Krieger- Straße 1/Schiffbauerdamm

Anhörungssaal 3.101

Vorsitz: Eduard Oswald, MdB

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des
Maßnahmenpakets "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung"

BT-Drucksache 16/10930

Beginn: 14.00 Uhr

Vorsitzender Eduard Oswald: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fangen pünktlich an. Ich begrüße Sie sehr herzlich. Es ist die 108. Sitzung des Finanzausschusses. Ich begrüße Sie, die Experten, sehr herzlich. Natürlich auch die Kolleginnen und Kollegen. Sie wissen, dass wir parallel zu unseren Beratungen eine Plenarsitzung haben. Der Bundeshaushalt wird in zweiter und dritter Lesung beraten. Ich muss gleich sagen, dass wir eine namentliche Abstimmung haben werden. Es besteht dann das Problem, dass die Parlamentarier alle anwesend sein müssen. Wir werden also zu gegebener Zeit unterbrechen. Ich möchte mich bei Ihnen dafür entschuldigen. Es war beim besten Willen nicht vorhersehbar, dass genau eine Fraktion hier eine solche namentliche Abstimmung beantragt, während wir sozusagen außerplanmäßig tagen. Aber das muss so sein. Auf der Tagesordnung steht heute der Gesetzentwurf zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets ‚Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung‘. Die Bundestagsdrucksache liegt Ihnen vor. Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie davon Gebrauch gemacht haben, uns Ihre schriftlichen Stellungnahmen vorab zukommen zu lassen. Diese sind verteilt. Sie finden sich übrigens auch im Internetauftritt des Finanzausschusses, den ich Ihnen insgesamt empfehle. Ich begrüße die Parlamentarier und die Vertreter der Bundesregierung, stellvertretend Frau Staatssekretärin Nicolette Kressl, und die Fachbeamten des Hauses. Man trifft sich ja gegenwärtig immer wieder, denn der Finanzausschuss ist der am meisten beschäftigte Ausschuss dieses Deutschen Bundestages. Ich begrüße auch die Gäste, die als Zuhörer da sind. Sie sehen es am Bildschirm, es wird auch aufgezeichnet und im Hauskanal übertragen. Mit dem Gesetzentwurf beabsichtigen die Koalitionsfraktionen in Umsetzung der Beschlüsse der Bundesregierung verschiedene Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung. Ich nenne nur einige Stichworte: Erstens die zeitlich auf zwei Jahre befristete Einführung einer degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens von höchstens 25 Prozent ab 1. 1. 2009. Zweitens: Zusätzlich zur degressiven Abschreibung befristet für zwei Jahre die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionsabzugsbeträgen und Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen. Drittens: Die Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen soll bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ausgeweitet werden. Der Steuerbonus soll auf 20 Prozent von 6000 Euro verdoppelt werden. Und viertens soll für PKW mit Erstzulassung ab dem Kabinettsbeschluss - 5. November 2008 - bis zum 30. Juni nächsten Jahres eine befristete KfzSt-Befreiung für ein Jahr eingeführt werden. Fahrzeuge, die die Euro-5- und Euro-6-Norm erfüllen, erhalten zwei Jahre Befreiung ab Erstzulassung. Ich darf Sie auch darüber informieren, dass nach den Planungen des Finanzausschusses die Beratung des Gesetzentwurfs - wir wissen es noch nicht - möglicherweise sogar schon am 2. Dezember erfolgt. Aber gegenwärtiger Stand ist noch der 3. Dezember. Der Ältestenrat wird sich mit dieser Frage noch zu beschäftigen haben. Aber die zweite und dritte Lesung soll im Plenum, das ist schon sichergestellt, am

4. Dezember erfolgen. Wir versuchen, in zwei Stunden die Anhörung zu machen. Wir werden in der ersten Runde nicht sehr weit kommen, sodass sich das Zeitfenster etwas nach hinten verschiebt. Ich hoffe, ich bereite Ihnen, den verehrten Sachverständigen, nicht sehr viel Schwierigkeiten damit. Zum Prozedere - es ist bekannt: Höchstens zwei Fragen an höchstens zwei Sachverständige, und ich bitte auch meine Kolleginnen und Kollegen, bewährter Weise immer zunächst zu sagen, an wen sich die Frage richtet, damit auch die entsprechenden Sachverständigen sich vorbereiten können. Die Fraktionen melden auch schon bei mir. Das funktioniert in bewährter Weise. Ich beginne gleich mit dem finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, unserem Kollegen Otto Bernhardt. Kollege Otto Bernhardt, bitte.

Otto Bernhardt (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an den Zentralverband Deutsches Baugewerbe und an den Bund der Steuerzahler. Wie Sie wissen, wollen wir mit dem vorliegenden Maßnahmenkatalog einen Beitrag zur Überwindung der Konjunkturschwäche leisten. Dabei wollen wir insbesondere solche Instrumente ergreifen, die kurzfristig umsetzbar sind. Meine Frage: Wie beurteilen Sie den Gesetzentwurf bezogen auf das eben von mir dargestellte Ziel, die Schwäche zu überwinden und möglichst kurzfristig zu Reaktionen zu kommen?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Kollege Otto Bernhardt für die erste Frage. Mit dem Zentralverband Deutsches Baugewerbe beginne ich. Frau Barbara Rosset, Sie haben das Wort.

Sve Rosset (Zentralverband Deutsches Baugewerbe): Wir halten den vorgeschlagenen Weg, den Steuerbonus für die Handwerkerleistungen zu erhöhen für sehr positiv. Wir sehen allerdings, dass seit der Mehrwertsteuererhöhung auf 19 Prozent der Steuerbonus weniger in Anspruch genommen wird für die Handwerkerleistungen als früher. Wir halten es daher für effektiver, wenn die Maßnahme zu dem Steuerbonus, der im Familienleistungsgesetz für die haushaltsnahen Beschäftigungsverhältnisse auf 20 000 Euro Fördervolumen erhöht wurde, mit einbezogen würde. Das wäre eine Steuervereinfachung, ein Bürokratieabbau, der auf leichte Weise zu erreichen ist, und würde außerdem besser in Anspruch genommen von den privaten Haushalten.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Frau Barbara Rosset. Jetzt gehe ich weiter zum Bund der Steuerzahler. Ich probiere es bei Ihnen, Frau Isabel Klocke.

Sve Klocke (Bund der Steuerzahler Deutschland e. V.): Wir schätzen den vorliegenden Gesetzentwurf etwa so ein, dass wir sagen, grundsätzlich halten wir es für notwendig, dass in Anbetracht der momentanen Konjunktursituation Maßnahmen ergriffen werden. Wir sagen aber auch ganz deutlich, dass wir kurzfristige Einzelmaßnahmen nicht für ausreichend

halten, um die Konjunktur ausreichend zu stützen. Wir sehen in dem vorliegenden Gesetzentwurf daher allenfalls flankierende Maßnahmen und halten es für notwendig, grundlegend im Einkommensteuerrecht, aber auch bei der Kfz-Steuer, Reformen anzustreben. Zu den Einzelmaßnahmen ganz kurz zusammenfassend: Wie meine Vorrednerin das schon eingeschätzt hatte, wir begrüßen auch die Wiedereinführung der degressiven AfA. Wir halten auch die kurzfristige Aussetzung der Kfz-Steuer für eine Maßnahme, die die Konjunktur fördern kann, würden aber eine grundlegende Reform der Kfz-Steuer mehr begrüßen. Natürlich sind wir auch dafür, dass der Steuerbonus für Handwerkerleistungen erhöht werden solle.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir haben uns bei Ihnen zu bedanken. Jetzt will ich die Frage des Kollegen Reinhard Schultz, Berichterstatter der sozialdemokratischen Fraktion mit aufnehmen. Bitte schön, Kollege Reinhard Schultz.

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD): Ich sage zunächst, wen ich frage, nämlich den Zentralverband des Deutschen Handwerks und Herrn Dr. Horn, und zwar nach einer Gesamtbewertung und Einordnung des steuerlichen Teils in alle Maßnahmen der Bundesregierung, aber auch Zinssenkung EU und den gesamten Geleitzug, der auch konjunkturwirksam wird, auch in Abgrenzung vielleicht zu langfristig wünschenswerten Dingen, wie eben vorgetragen eine Steuerreform aus konjunkturpolitischen Gründen kurz 'mal aus der Hüfte, und ob das der richtige Ansatzpunkt wäre. Dazu hätte ich ganz gerne eine Bewertung. Herr Dr. Horn, Sie haben in Ihrer schriftlichen Darstellung - fand ich sehr gut - die Kriterien genannt, die für ein Maßnahmenpaket erfüllt sein müssen, das wirksam werden soll und gleichzeitig auch nicht kontraproduktiv gegenüber anderen Politikzielen sein soll. Das sollten Sie uns noch einmal hier erläutern. Vom Zentralverband hätte ich gerne eine ähnliche Einordnung.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Kollege Reinhard Schultz. Ich gebe das Wort an den Zentralverband des Deutschen Handwerks. Ich versuche es bei Ihnen, Herr Matthias Lefarth.

Sv Lefarth (Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V.): Das Handwerk mit seinen über 5 Millionen Beschäftigten und 1 Million Betrieben versteht sich auch in dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage als Stabilitätsanker. Wir wollen dieser Rolle gerecht werden. Ich sage das in diesem Kreis, und das sollte man auch sagen: Dieses Maßnahmenpaket hat deutlich mehr Licht als Schatten. Sie wissen selber, Herr Schultz, wie zäh wir gerungen haben, was insbesondere den Steuerbonus angeht. Ich will aber auch sagen, dass andere Maßnahmen, denken Sie ans Gebäudesanierungsprogramm, denken Sie auch an den verbesserten §7g EStG, der allerdings aus unserer Sicht nicht befristet werden sollte, das sage ich dazu, das gleiche gilt auch für die degressive Abschreibung,

aber vor allem natürlich der Steuerbonus, der für die Bauwirtschaft als eine der beiden zentralen Säulen der Volkswirtschaft, Bauwirtschaft und Kfz, sicherlich wichtig ist, damit wir im Bereich Beschäftigung, Ausbildung im nächsten Jahr, noch positive Impulse für Investitionen in privaten Haushalten setzen können. Wir haben natürlich darüber hinaus auch grundlegende Anforderungen über die Fragen, wie es jetzt weitergeht. Sie fragten nach längerfristigen Perspektiven. Mein Kollege, Herr Dr. Barthel, als Leiter der Wirtschaftsabteilung des ZDH, würde dazu noch ergänzen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Ja, Herr Dr. Barthel ergänzt. Bitte, wenn Sie gleich weiter machen, Herr Dr. Barthel.

Sv Dr. Barthel (Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.): Ich danke für die Möglichkeit der Ergänzung. Unser Präsident hat gestern einige Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung aus Handwerkssicht im nächsten Jahr in seiner Pressekonferenz angedeutet und dabei als Zielwert zumindest eine Stabilisierung des Umsatzes und der Beschäftigung genannt. Dabei hat er aber auch darauf hingewiesen, dass dieses ergänzende Maßnahme über das, was schon an Positivem auf den Weg gebracht wurde, hinaus notwendig macht. Aus unserer Sicht setzt dieses, wenn wir hier die steuerpolitischen Aspekte zunächst in den Vordergrund stellen, nach unserem Dafürhalten eine möglichst rasche, aber auch spürbare Entlastungen der Privathaushalte und der Unternehmen voraus über das, was nun punktuell im Rahmen des ersten Stabilisierungsprogramms verwirklicht wird. Sie kennen unsere diesbezüglichen Vorschläge. Ich möchte sie gleichwohl hier noch einmal kurz punktieren. Eine Absenkung des Solidaritätszuschlages um ungefähr ein Drittel, nämlich auf die Höhe, die tatsächlich zur Finanzierung des Solidarpakts II aktuell noch notwendig ist. Das würde von heute auf morgen eine substantielle und auch eine symbolträchtige Entlastung der Privathaushalte ermöglichen. Ein zweiter Punkt wäre nach unserem Dafürhalten eine möglichst rasche Beseitigung der aus unserer Sicht leistungsfeindlichen kalten Progression. Ein erster Schritt hierfür könnte und sollte - ich denke, da bin ich auch mit den anderen Repräsentanten der Wirtschaftsverbände einig - eine Begradigung des Einkommensteuertarifs beinhalten, nämlich damit die Abschaffung der hohen Progressionszuwächse bis zum Mittelstandsbug.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Man muss immer alles unterbringen. Das ist wohl nicht Gegenstand. Aber es ist in Ordnung.

Sv Dr. Bartels (Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.): Ich hätte in der Vorratskiste noch mehr.

Vorsitzender Eduard Oswald: Ich wollte Ihnen damit nur signalisieren, dass wir es gemerkt haben. Herr Dr. Gustav Horn, Sie sind der Nächste.

Sv Dr. Horn: Es ist nach einer Gesamtbewertung des Programms gefragt worden. Die richtet sich natürlich danach, wie große die Herausforderung ist. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich sagen, die Herausforderung ist ungeheuer groß. Die Weltwirtschaft, Europa und Deutschland stehen vor einer sehr schweren Krise. Wenn wir die neuesten Konjunkturdaten betrachten, sehen wir einen tiefen Absturz aller vorlaufenden Indikatoren. Zu befürchten ist, dass wir eine globale Rezession haben. Zu befürchten ist, dass ein massiver Wachstumseinbruch plus steigende Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sein wird. Zu befürchten ist, dass es zu massiven internationalen Verwerfungen auch im Währungssystem kommt. Diesen Herausforderungen müssen sich die Volkswirtschaften global stellen. Deshalb ist es richtig vom Grundsatz her, dass die Bundesregierung ein Konjunkturprogramm verabschiedet. Es sollten den folgenden Kriterien genügen: Es sollte direkt wirken. Es sollte schnell wirken. Es sollte koordiniert sein. Gemessen an den Herausforderungen, die wir sehen, ist aber das, was zur Beschlusslage anliegt, unzureichend. Dies ist ein erster, kleiner Schritt in die richtige Richtung. Aber er wird bei weitem nicht ausreichen. Was wir hier an Entlastungsvolumen sehen, wird bestenfalls das Wachstum um einen halben Prozentpunkt erhöhen. Selbst wenn wir die aus heutiger Sicht zu optimistische Prognose der Gemeinschaftsdiagnose, die auch der offiziellen Prognose der Bundesregierung entspricht, als Maßstab nehmen, reicht dies bei weitem nicht aus, um die Beschäftigungsschwelle im nächsten Jahr zu überschreiten. Hier muss dringend nachgelegt werden. Es muss mit Maßnahmen nachgelegt werden, die anders als allgemeine Steuersenkungen, die nur indirekt wirken, Direktinjektion in die Volkswirtschaft sind. Eine Ausweitung des staatlichen Ausgabenniveaus, wie es heute auch von der EU-Kommission gefordert wird, erscheint mir unerlässlich. In diese Richtung zielen viel zu wenige Maßnahmen. Dass auch über steuerliche Anreize private Investitionen gefördert werden, ist sicherlich richtig, wobei bei den Maßnahmen, die hier zur Beschlusslage liegen, der Druck viel zu schwach ins nächste Jahr hinein geht. Die Krise wird nächstes Jahr sein, nicht 2010, 2011 oder 2012. Die Maßnahmen sind zeitlich viel zu breit gestreut. Was ist denn, wenn wir 2011 einen Boom haben und die Maßnahmen wirken immer noch? Das ist konjunkturell nicht adäquat. Völlig fehlt das Element der europäischen Koordinierung. Es ist sehr bedauerlich, dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene als Bremser auftritt und nicht als Antreiber. Selbst wenn man nicht jeden Vorschlag, der dort in der Debatte ist, als gut befindet, so wäre es doch wünschenswert, dass man mit eigenen konstruktiven Vorschlägen in die Debatte eingreift. Mein Gesamturteil ist daher bei diesen Maßnahmen so zu werten: Ich sehe gute einzelne Maßnahmen. Ich sehe sie aber vom Volumen her als unzureichend, nicht koordiniert auf europäischer Ebene. Wir brauchen mehr insbesondere an öffentlichen Investitionen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Herr Dr. Horn. Alle um mich herum signalisieren mir und auch die Signallichter, die aufleuchten, dass das Plenum in die Richtung der namentlichen Abstimmung geht. Es hat sich noch etwas verschoben. Wir

werden laufend informiert. Sie wissen, wenn dort Zwischenfragen sind usw., kann es sich verschieben. Ich nehme jetzt die Wortmeldung des Kollegen Dr. Volker Wissing noch auf. Bitte schön, Kollege Dr. Volker Wissing, Sprecher der FDP-Fraktion.

Dr. Volker Wissing (FDP): Ich möchte den BDI und den DIHK bitten, das Maßnahmenpaket allgemein zu beurteilen und dabei insbesondere auf die degressive AfA einzugehen. Wenn die Wiedereinführung der degressiven AfA, wenn auch befristet, einen so starken Effekt hat, dann muss doch die Abschaffung der degressiven AfA umgekehrt auch einen sehr starken Effekt gehabt haben? Da wäre für mich interessant zu hören, wie dieser Effekt war, wie sich das ausgewirkt hat, was da zu beobachten war und vor allen Dingen wie sie die zeitliche befristete Wiedereinführung beurteilen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Ich beginne bei Ihnen, Bundesverband der Deutschen Industrie, Herrn Berthold Welling. Bitte, Sie haben das Wort.

Sv Welling (Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.): Die generelle Beurteilung dieses Konjunkturpakets, dieses Wachstumsmaßnahmenpaketes ist aus Sicht der Wirtschaft positiv, wobei wir auch feststellen müssen, dass im Wesentlichen zwei Maßnahmen herausragen. Es ist sicherlich die Wiedereinführung der degressiven AfA auf der einen Seite und das ist für die Automobilindustrie, für die Schlüsselindustrie in Deutschland, der gewisse Investitionsimpuls oder Kaufanreiz bei der zeitlich befristeten Abschaffung der Kfz-Steuer. Die degressive AfA hat sicherlich einen erhöhten Wachstumsimpuls. Wenn man mit Volkswirten darüber spricht, dann ist es so, dass sie als erste Maßnahme für ein Konjunkturmaßnahmenpaket sofort die degressive AfA ins Feld führen. Entsprechend hat haben Sie hier den Gesetzentwurf vorgelegt und darauf sicherlich die entsprechende Antwort gegeben, nämlich mit der partiellen Wiedereinführung, wobei ich nicht verhehlen kann, dass die degressive AfA wohl ein ungeliebtes Kind sein muss, denn sie wird hin und her geschubst. Es ist ein Auf und Nieder. Mal wird sie eingeführt, mal wird sie wieder abgeschafft. Aber ich glaube, dass ist auch alles mehr oder minder ...

Vorsitzender Eduard Oswald: So ist das Leben.

Sv Welling (Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.): ... mehr oder minder Historienbewältigung, was uns in diesem Moment nicht hilft, und es sollte auch kein Nachkarten sein. Die Überlegung ist, wenn man sie wieder einführt, warum führt man sie nur beschränkt ein? Beschränkt bedeutet erstens befristet. Das Zweite ist, warum in der Höhe begrenzt? Nicht bei 30 Prozent, sondern bei 25 Prozent. Man scheint wohl der degressiven AfA nicht das Zutrauen entgegenzubringen, was man mit der Wirkung sich dort halt auch verspricht. Das ist sicherlich der wesentliche Punkt. Sie hatten ein ganz zentrales Problem angesprochen, Herr Wissing. Wenn ich die zeitliche Befristung mit der degressiven AfA

verbinde, bedeutet das zugleich, dass ich gewisse Vorzieheffekte habe oder dann bei der Abschaffung der degressiven AfA ich dann mit dem Nachlaufen des Auslaufens der Frist mit weniger Investitionen zu rechnen habe. Das ist ein Effekt, der sicherlich eintreten wird. Wir haben das bei der degressiven AfA umgekehrt erlebt. Dort sind Investitionen aufgeschoben worden, und ein wesentlicher Investitionsimpuls ist durch die Einführung geschaffen worden, als die Regelung in Kraft getreten ist. Von daher ist diese Frage der wunde Punkt. Und das kann ich auch noch mit einem Ausrufezeichen versehen. Das vielleicht in der gebotenen Kürze.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Sie geben gleich weiter an Ihren Nachbarn, Herrn Alfons Kühn, vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag. Bitte schön, lieber Herr Kühn.

Sv Kühn (Deutscher Industrie- und Handelskammertag): Ich möchte mich den Ausführungen des Kollegen Welling vom BDI vollinhaltlich anschließen, kleine Ergänzungen allerdings machen. Sie haben gefragt: Wie sind die Wirkungen der degressiven AfA bei unseren Mitgliedern gewesen? Ich muss dazu sagen, das ist sehr schwer nachzuhalten, denn die Abschaffung war im Zuge dieser Schönwetter-Unternehmensteuerreform gemacht worden, wo wir eine relativ gute Konjunktur hatten und wo Maßnahmen, die in die Gewinnermittlungsregeln eingreifen, nicht so eine dominante Rolle gespielt haben. Was wir jetzt tun, ist eine Rückkehr zur Normalität, denn die degressive Abschreibung ist das Instrument, das den betriebswirtschaftlichen Wertverzehr am ehesten erfasst und am besten abbilden kann. Der Effekt tritt allerdings in positiver Wirkung nur dann ein, wenn die Unternehmen Umsätze und damit auch Gewinne erwirtschaften können. Es kann die degressive AfA im Moment oder im nächsten Jahr sogar dazu führen, dass die Unternehmen mangels Umsätzen, mangels Gewinn mit der degressiven AfA, wenn sie sie geltend machen, Verluste schreiben müssen. Wenn diese Verluste entstehen, dann wäre es eine ergänzende Maßnahme, wenn sich das Parlament noch dazu durchringen könnte, die Verlustverrechnung, die ebenfalls im argen liegt, zu optimieren, damit die Härten der Periodenbesteuerung tatsächlich richtig verteilt und ausgeglichen werden können. Ich denke, dass die degressive AfA ein wichtiges Instrument ist. Man sollte den Unternehmen aber die Perspektive geben, dass die degressive AfA auch über die Zeit hinaus hält, für die sie jetzt eingeführt werden soll, weil in schwieriger Zeit Anreize, die den Verlust erhöhen können, nicht stark genug sind, um in die Investition zu gehen. Diese Anreize werden erst richtig wirksam, wenn tatsächlich die Unternehmen die Chance haben, wieder Gewinn zu schreiben.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich muss leider an dieser Stelle für die nun anstehende namentliche Abstimmung im Plenum unterbrechen. Wenn wir wieder aufnehmen - was unmittelbar danach sein wird - sind die nächsten Fragesteller dann der

Kollege Dr. Axel Troost für die Fraktion DIE LINKE und Frau Kollegin Christine Scheel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Sitzung ist unterbrochen.

Sitzungsunterbrechung 14:15 bis 15:00 Uhr

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort, sobald sich wieder etwas Ruhe und Normalität eingestellt hat. Wir haben abgestimmt, unterschiedlich natürlich. Das Ergebnis wird verkündet, nicht von mir, vom Präsidenten. Jetzt fahren wir fort. Angekündigt ist als Fragesteller Dr. Axel Troost, Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Bitte schön, Kollege Dr. Axel Troost.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE.): Meine Frage geht an den DGB und an das IMK, Herrn Horn, wobei ich sagen möchte, dass die Einschätzung von Herrn Horn, was die Konjunktur-entwicklung angeht, ganz unserer Einschätzung entspricht. Nur wenn wir das hier im Parlament sagen, dann sind wir immer die Miesepeter und diejenigen, die alles schlecht und krank reden. Die Frage ist ganz konkret, was Sie aus Ihrer Sicht für konjunkturell geboten halten, in welcher Größenordnung wirklich gegengesteuert werden sollte, und wenn man unterstellt, man kann den Euro nur einmal ausgeben, wo denn dann die Schwerpunkte liegen sollten. Die Antwort, alles expansiv im Augenblick, ist gut, nur ein bisschen wenig und reicht mir da nicht. Die Frage wäre: Welche Maßnahmen würden Sie bevorzugen und welche halten Sie für vielleicht nicht ganz so expansiv unter dem Konjunkturaspekt?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund ist heute wieder Herr Dierk Hirschel bei uns. Ich gebe ihm das Wort.

Sv Hirschel (Deutscher Gewerkschaftsbund): Es ist bereits erwähnt worden. Die Lage ist ernst im Land. Wir haben gegenwärtig eine Situation, in der sich Finanzmarktkrise und Abschwung gegenseitig verstärken. Die OECD prognostiziert ein rückläufiges Wachstum für 2009 in der Größenordnung von 0,8 Prozent. Sie sagen, bei der Beschäftigungsseite bedeutet das einen Anstieg der Arbeitslosigkeit von etwa 700 000 für Deutschland. In einer solchen Situation muss man nach unserem Dafürhalten klotzen und nicht kleckern. Also in der Konsequenz: Was wir für die Banken gemacht haben, müssen wir eigentlich auch für die Realwirtschaft machen. Aber leider ist dieser Rettungsschirm, der für die Realwirtschaft gegenwärtig aufgespannt wird, ein Knirps-Rettungsschirm und nichts anderes. Das Volumen reicht nicht aus. Ich will trotzdem noch einmal positiv hinzufügen. Wir begrüßen es, dass wir in diesem Land nach 35 Jahren zum ersten Mal wieder unverkrampft über Konjunktursteuerung reden. Das ist ein großer Fortschritt. Im angelsächsischen Raum ist das seit 20 Jahren gang und gäbe. Wir diskutieren jetzt nach 35 Jahren zum ersten Mal wieder über Konjunktursteuerung. Was das Volumen anbelangt, reden wir gegenwärtig, wenn wir die 12 Milliarden nehmen, die im Haushalt eingestellt wurden, über eine lächerliche Größen-

ordnung von 0,25 Prozent des Sozialproduktes. Ich glaube, ich muss nicht weiter kommentieren, dass man mit 0,25 Prozent des Sozialproduktes nicht gegensteuern kann gegen eine derartige Massivität des Abwärtstrends. Wenn wir zu unseren europäischen Nachbarn oder über den Atlantik gucken, dann stellen wir fest, dass dort gegenwärtig zwischen 2 bis 3 Prozent des Sozialproduktes in die Hand genommen werden, um den Abwärtstrends entgegenzusteuern. Wir reden - auf bundesrepublikanische Verhältnisse übertragen - über eine Größenordnung von 50 bis 75 Milliarden, die notwendig wären, wenn sich wirklich zeigt, dass diese Krise eine Krise historischen Ausmaßes ist. Und die Abgeordneten, die hier anwesend sind, die können - glaube ich -, wenn sie durch ihre Wahlkreise gehen, gegenwärtig nachvollziehen, dass es sich wahrhaftig um eine Krise historischen Ausmaßes handelt. Das heißt in der Konsequenz, das Volumen ist unzureichend. Das muss deutlich aufgestockt werden. Das Problem ist aber, wenn wir über Konjunktursteuerung reden, ist auch immer das Timing entscheidend. Es wird nicht ausreichen, sozusagen permanent zu kleckern und immer wieder nachzusteuern. Irgendwann ist es zu spät. Wenn man das jetzt bis Frühjahr nicht auf die Reihe kriegt, um eine entsprechendes Volumen zu bewegen, dann wird das eben eine historisch harte Krise werden, und das ist dann auch politisch verantwortet. Was das Design anbelangt - Kollege Horn hat das bereits angesprochen: Wenn wir dieses sogenannte Konjunkturpaket aufmachen, dann entdecken wir zu 95 Prozent angebotspolitische Maßnahmen. Wir reden über Abschreibungserleichterung, Steuervergünstigungen, Zinsvergünstigungen etc. Das kann man alles machen. Aber es wird den Abwärtstrend nicht massiv aufhalten. Wir bräuchten in der jetzigen Situation öffentliche Investitionen. Wir haben als DGB vorgeschlagen, wenn man ein solches Konjunkturpaket strikt, dann müssen zwei Drittel dieses Konjunkturpakets aus öffentlichen Investitionen in Bildung, in Gesundheit, in Klimaschutz bestehen. Dann kann man darum herum gerne das machen, was Sie jetzt gemacht haben, nämlich die indirekten Anreize verbessern. Aber der Schwerpunkt müsste eindeutig auf öffentlichen Investitionen liegen. Da weiß man, dass die Wachstums- und Beschäftigungseffekte, wenn man in die Vergangenheit guckt, wenn man sich die europäischen Partnerstaaten anguckt, wenn man sich die USA anguckt, deutlich effektiver wirken. Das ist der entscheidende Punkt. Die Effizienz der Maßnahmen. Wenn man sich das wahrhaftig nicht gewerkschaftsfreundliche Ifo Institut anguckt und deren Berechnungen, dann sagen die, wenn man 1 Euro in die Hand nimmt, dann führt eine Erhöhung der Staatsausgaben zu einem Wachstumseffekt in der Größenordnung von 2,6 Euro, und wenn man Steuern senkt, also indirekte Anreize befördert, dann führt das nur zu einem Wachstum in der Größenordnung von 1,4 Euro. Insofern hat man die Wahlentscheidung. Wir würden dafür plädieren, dass man das Steuergeld so effektiv wie möglich einsetzt, also die Staatsausgaben erhöht. Das heißt dann eben in der Konsequenz ein Mehr an öffentlichen Investitionen, weil, wir reden gegenwärtig über keinen Angebotsschock, wie wir ihn in den 70er Jahren hatten, sondern wir reden über eine massive Nachfrageschwäche. Die entscheidende Frage ist: Wie kriegen wir die Auftragsbücher der Unternehmen in diesem Land

wieder gefüllt? Diese Frage wird durch das sog. Konjunkturprogramm, das jetzt aufgelegt wurde, nicht beantwortet. Heißt in der Konsequenz, um zum Schluss zu kommen: Wir haben bisher die Hände in den Schoß gelegt. Jetzt drehen wir Däumchen. Das ist schon mal ein Fortschritt. Wenn die Finger dann etwas aufgewärmt und gelenkiger sind, dann hoffen wir, dass die Ärmel aufgekrempt werden und dass man endlich ein vernünftiges Konjunkturprogramm auflegt, um die gegenwärtigen Abwärtstendenzen zu beenden oder sie zumindest abzubremesen, sodass wir nicht bis Ende 2010 diesen Schlamassel aushalten müssen, weil das letzten Endes unsere Kolleginnen und Kollegen sind, die die Hauptlast tragen müssen. Denn die Konsequenz der Krise wird sein, dass es in den Betrieben zu Lohnsenkungen kommt, zu Entlassungen kommt, zu Mehrarbeit kommt, und meine Kolleginnen und Kollegen werden die Hauptleidtragenden dieser Krise sein. Deswegen erwarten wir jetzt auch ein massives politisches Gegensteuern und hoffen, dass es in den nächsten Wochen und Monaten entsprechend geschieht.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Das war der wissenschaftliche Sachverständige des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Jetzt Herr Dr. Gustav Horn.

Sv Dr. Horn: Es ist nach einer Alternative für ein Konjunkturprogramm gefragt worden. Dazu muss man zunächst einmal sagen - das muss man vor allen Dingen in Deutschland sagen, im Ausland wäre das vielleicht trivialer: Die Finanzpolitik muss in den kommenden Monaten die automatischen Stabilisatoren voll wirken lassen, sprich, was in der vergangenen Krise geschehen ist, nämlich den öffentlichen Defiziten, die durch den Verlust von Steuereinnahmen entstanden sind, hinterher zu sparen, das muss unter allen Umständen vermieden werden. Dies wirkt krisenverlängernd und verlängert auch die Defizite in den öffentlichen Haushalten. Darüber hinaus bedarf es dann eines Konjunkturpakets, das - selbst wenn man die aus heutiger Sicht zu optimistische Prognose der Gemeinschaftsdiagnose und der Regierung zugrunde legt, + 0,2 im nächsten Jahr - mindestens 25 Milliarden Euro betragen muss an Impuls, nicht an Wirkung, wie das teilweise berechnet wird. Dieses Programm sollte zwei Komponenten haben - eine konsumtive und eine überwiegend investive. Die konsumtive Komponente hat in unserem Vorschlag vor allem die Funktion, schnell zu wirken. Denn wir wissen, bis das Investitionsprogramm auf den Weg gebracht wurde, vergeht Zeit, und wir können dort keine sofortige Wirkung erzielen. Daher schlagen wir vor, was der Sachverständige Bofinger auch schon vorgeschlagen hat: Barschecks oder Konsumschecks pro Kopf der Bevölkerung möglichst schnell auszuzahlen. Wir würden ein Volumen von etwa 9 Milliarden Euro hier einsetzen. Das würde etwa 125 Euro pro Kopf ausmachen, würde also relativ stark Niedrigverdienern zugute kommen. Die investive Komponente müsste überwiegend aus öffentlichen Investitionen in der Höhe von 12 bis 15 Milliarden Euro bestehen, die in den Bereichen Gebäudesanierung, Infrastruktur und Energieeinsparung getätigt werden müssen. Das wäre ein Konjunkturprogramm, was im nächsten Jahr zur Wirksamkeit gebracht werden müsste. Um dies zu erreichen und um die Wirksamkeit zu maximieren,

betone ich noch einmal, muss man koordiniert vorgehen. Diese Koordiniertheit hat zwei Dimensionen: Einmal die europäische Dimension, die ich schon erwähnt habe. Wir haben immer die offene Flanke Importe. Wir sind eine sehr verflochtene Volkswirtschaft. Unsere Haupthandelspartner sind im europäischen Raum. Deshalb ist ein gleichartiges Vorgehen im europäischen Raum unbedingt unerlässlich. Die Bundesregierung sollte sich massiv hierfür einsetzen, um die Sickerungsverluste zu minimieren. Es muss aber auch binnenwirtschaftlich koordiniert sein. Hier sind alle Gebietskörperschaften gefordert. Auch die Länder müssen insbesondere im Hinblick auf die Kommunen gesamtwirtschaftliche Verantwortung zeigen. Sie können sich dieser Herausforderung nicht entziehen, oder sie mindern die Wirksamkeit all der Maßnahmen, über die wir reden, drastisch ab.

Vorsitzender Eduard Oswald: Diese Rückkopplungseffekte kommen auch von den eingeschalteten Handys, will ich nur sagen. Wir haben übrigens ein Handyverbot ausgemacht, hier während dieser Sitzung, nachdem auch live übertragen wird. Das waren die Antworten auf die Fragen von Dr. Axel Troost, Fraktion DIE LINKE. Kollegin Christine Scheel ist die nächste Fragestellerin für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte gern noch einmal Herrn Lefarth vom Zentralverband des Deutschen Handwerks und Alfons Kühn fragen, wie sie es denn einschätzen. Wir haben jetzt drei Maßnahmen hier vorliegen, die haben wir jetzt schon andiskutiert. Deswegen frage ich jetzt auch nach der degressiven AfA und ob das jetzt reicht oder nicht und hoch genug ist, gar nicht nach oder nach den Handwerkerleistungen speziell. Aber wir befinden uns in einer Phase, wo der konjunkturelle Abschwung auf uns zukommt. Nach Umfragen plant jedes dritte Unternehmen, Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen zu entlassen. Der Staat kann allerdings nur bedingt mit seinen Mitteln dagegen angehen. Aber es gibt Möglichkeiten, was Planungssicherheit, was Vertrauen anbelangt, die Binnennachfrage doch zu stärken, indem wir von der Gesetzgebung her unseren Teil, der uns als politisch Verantwortliche möglich ist, ich sage es mal so pauschal, das auch dementsprechend zu machen. Was wären es jetzt für Maßnahmen, die Sie für sinnvoll hielten, wo man sofort einen Wirkungsmechanismus hätte, der positiv ist, um das Hauptproblem, was wir wohl haben, nämlich die Binnennachfrage, anzukurbeln?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Kollegin Christine Scheel. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks ist gefragt. Herr Matthias Lefarth, ich beginne bei Ihnen.

Sv Lefarth (Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V.): Jenseits der Notwendigkeit von strukturellen Reformen - Einkommensteuerrecht, Sozialversicherungsbeiträge; wir haben eben gesagt, für uns wäre eine Kombination aus Senkung des Solidaritätszuschlags und Senkung des Rentenversicherungsbeitrags ein richtiger Weg - geht es jetzt vor allen Dingen

auch um die Frage: Was wirkt krisenverschärfend? Da wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, sich noch einmal die Unternehmensteuerreform anzuschauen. Herr Kühn hat eben zu Recht gesagt, die Unternehmensteuerreform ist verabschiedet worden zu einem Zeitpunkt, als es uns wirtschaftlich insgesamt noch gut ging. Aber wenn man sich jetzt die Elemente anschaut, die krisenverschärfend sind, da will ich einige nennen. Das ist die Zinsschranke. Da geht es um die Frage: In welchem Umfang können Zinsen steuermindernd berücksichtigt werden? Es geht um Themen wie die Einschränkung des steuermindernden Abzugs beim Mantelkauf. Es geht um die Besteuerung von Funktionsverlagerungen. Das alles wirkt jetzt krisenverschärfend. Auch das Thema ‚geringwertige Wirtschaftsgüter‘ entzieht den Unternehmen Liquidität und es ist ein Beispiel für mehr Bürokratie. Das sollte man sich noch mal ansehen. Darüber hinaus muss man einfach festhalten, es war ein zentrales Ziel der Unternehmensteuerreform, Eigenkapitalbildung stärker zu ermöglichen. Wir sehen jetzt, dass es gerade die Betriebe sind, die besonders unterkapitalisiert sind, die in einer wirtschaftlichen Krise vielleicht in ein wirtschaftliches Aus geraten. Ein zentrales Element der Reform war die Thesaurierungsrücklage für nicht entnommene Gewinne von Personenunternehmen, immerhin 4 Milliarden Euro im Finanztableau. Unsere Rückläufe sind, dass noch nicht einmal 20 Prozent der Betriebe dieses Instrument nutzen. Das wären dann rund 800 Millionen Euro Mindereinnahmen. Woran liegt das? Es liegt daran, dass die effektive Nachversteuerung aus der Thesaurierungsrücklage nicht etwa bei 29, sondern bei 36 Prozent mit Gewerbesteuer liegt, und es liegt daran, dass die Betriebe, wenn sie diese Thesaurierungsrücklage einmal gebildet haben, nicht mehr an ihr voll versteuertes Altkapital herankommen. Sie müssen immer erst den Umweg über die Thesaurierungsrücklage gehen und nachversteuern. Das ist ein zentraler Grund, wird uns immer wieder gesagt, weshalb dieses Instrument nicht genutzt wird und dann das Ziel der Eigenkapitalbildung tatsächlich nicht erreicht wird. Das sind die Punkte, die sollte man sich kurzfristig angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage allesamt noch mal ansehen ...

Ortwin Runde (SPD) Und im Gegenzug die Steuersätze wieder auf den alten Wert hoch setzen, damit wir dann auch das durchdekliniert haben.

Sv Lefarth (Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V.): ... und wenn Sie meinen, das wäre dann Impuls für mehr Nachfrage, Wachstum und Beschäftigung. Mein Kollege, Herr Barthel, hat aus dem Schatzkästchen noch etwas. Ich will es nicht vorenthalten. Insbesondere reizen ihn die Konsumschecks, wenn ich das gerade noch bitte ergänzen darf.

Vorsitzender Eduard Oswald: Bitte, dann schießen Sie los.

Sv Dr. Barthel (Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V.): Herzlichen Dank. Ein dritter Punkt, den ich darin finde, ist die dringende Aufforderung, dringende Bitte, dass der bisherige Eingliederungsbeitrag, mit dem Beitragszahler, Arbeitgeber und Arbeitnehmer

momentan nach unserem Dafürhalten systemwidrig den Bundeshaushalt aus Beitragsmitteln in Höhe von ungefähr 5 Milliarden Euro jährlich mitfinanzieren, möglichst rasch - das wäre eine durchaus rasch mögliche Maßnahme - entfällt mit der Folge, dass - was wir fordern - der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung über den schon vorgesehenen und von uns begrüßten Umfang hinaus unter 2,8 Prozent gesenkt werden kann. Kurz eine Einschätzung, Herr Lefarth hat das Stichwort angesprochen, zu Konsumschecks. Wir halten sie auf der einen Seite angesichts auch des damit verbundenen administrativen Aufwands für unpraktikabel, und ich finde es nicht so recht sinnvoll, dass der Staat zunächst brutalmöglichst dem Steuerzahler in die Tasche greift, um ihm anschließend vorübergehend das eine oder andere an Schecks wieder beizusteuern. Ich sehe mich schon in der Schlange im Einkaufsladen eingereiht, wo ja auch schon der eine oder andere Scheck gegeben wird. Ich weiß nicht, ob das die wirklich sachgerechte Lösung wäre.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Jetzt gehen wir zum Deutschen Industrie- und Handelskammertag, Herr Alfons Kühn, Sie haben wieder das Wort.

Sv Kühn (Deutscher Industrie- und Handelskammertag): Sehr geehrte Frau Scheel, wenn man den Konsum sofort stimulieren möchte, dann sind die von Herrn Horn vorgeschlagenen Maßnahmen in engere Erwägung zu ziehen. Aber ich gebe zu bedenken, ob diese Maßnahmen tatsächlich die Gruppen treffen, die getroffen werden sollen, nämlich die besonders Bedürftigen, die mit diesem Scheck tatsächlich irgendwo einkaufen gehen. Das wage ich zu bezweifeln. Nach meinen Überlegungen und Gesprächen und auch Erfahrungen ist eher damit zu rechnen, dass die Menschen hingehen und diese Einkaufsschecks unter Wert verkaufen und Bares daraus machen. Ansonsten müssten Sie eine Bürokratie aufziehen, dass man nur bestimmte Waren zusammen mit Vorlage des Personalausweises bezieht. Die Unternehmen müssten Listen führen, ob sie richtig abgegeben haben. Ich halte das von der Durchführbarkeit für ausgesprochen ambitioniert. Ob die Händler das tatsächlich administrieren können, ohne zu befürchten, dass sie hinterher in Haftung genommen werden, wenn sie das durchführen sollen, das halte ich für außerordentlich problematisch. Was können Sie noch machen? Der zweite Punkt, um die Nachfrage zu stimulieren, wäre eine Sofortmaßnahme bei der Einkommensteuer. Eine wirkliche Sofortmaßnahme bei der Einkommensteuer im unteren und mittleren Bereich im Tarif. Z. B. den Tarif ein bisschen nach rechts verschieben und das so schnell realisieren, damit mit der Dezembergehaltsauszahlung oder mit der Weihnachtsgeld-, wenn es denn irgendwo Weihnachtsgeld gibt, -auszahlung sofort über die Lohnsteuer dieses Geld bar den Betroffenen zur Verfügung gestellt werden kann. Zumindest den Lohnempfängern bar zur Verfügung gestellt werden kann. Das ist darstellbar. Es ist ambitioniert. Aber es wäre darstellbar. Ich gebe aber noch einen dritten Punkt zu bedenken: Steuerpolitik hat immer etwas mit Psychologie zu tun. Eine langfristige, nachhaltige Wirkung, die nicht einfach nur so im Moment verflackert, wäre meines Erachtens, wenn Sie einen Impuls über die Umsatzsteuer setzen würden. Die

Umsatzsteuererhöhung im Jahr 2007 ist nur deswegen in ihrer Härte nicht zu spüren gewesen, weil zum einen die Preise das teilweise schon vorweggenommen haben, zum anderen eine relativ gute konjunkturelle Lage und eine gute Verbraucherstimmung da war. Aber der Konsum ist im Grunde in den letzten zwei Jahren, wenn man genau hinguckt, unterirdisch. Wir haben keine Konsumzuwächse, und das ist auch ein Reflex aus der überhöhten Umsatzsteuererhöhung. Ich erinnere: 1 Prozent sollte es sein, 3 Prozent sind daraus geworden. Das ist die Rache einer Steuerpolitik, die jetzt eintritt. Und zwar zur Unzeit, wo man es am wenigsten gebrauchen kann und die Weltkonjunktur darniederliegt. Also, Psychologie, langfristig hier an der Stelle etwas tun.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir haben Ihnen zu danken, Herr Alfons Kühn. Das waren die Antworten auf die Fragen unserer Kollegin Christine Scheel. Wir gehen jetzt wieder zur Koalition. Zunächst zur Union, Kollegen Olav Gutting, Berichterstatter der Unionsfraktion. Kollege Olav Gutting.

Olav Gutting (CDU/CSU): Eine Frage an den BDI noch einmal bezüglich der degressiven AfA: Was halten Sie von dem Vorschlag, die derzeitige Begrenzung bei der degressiven AfA auf bewegliche Wirtschaftsgüter insoweit aufzuheben, als wir auch immaterielle Wirtschaftsgüter mit aufnehmen und hier insbesondere Software? Und eine Frage an den Deutschen Bauernverband bezüglich der Erweiterung des Investitionsabzugsbetrages: Wie weit hat diese Maßnahme Auswirkungen, insbesondere natürlich positive Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Kollege Olav Gutting. Zunächst Herr Berthold Welling vom Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. Bitte schön, Herr Welling.

Sv Welling (Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.): In der gebotenen Kürze kann man sicherlich sagen, es geht um die Stärkung der Ausstattungs- und Ausrüstungsinvestitionen. Insofern haben immaterielle Wirtschaftsgüter, insbesondere Softwareprodukte, eine gleichrangige Bedeutung gegenüber anderen beweglichen Wirtschaftsgütern. Das ist sicherlich mit einem Ausrufungszeichen zu versehen. Auf der anderen Seite kann ich mir die Bedenken schon vorstellen, dass es um gewisse Abgrenzungsschwierigkeiten geht. Gleichwohl, gerade für Softwareunternehmen hätte das eine wesentliche Bedeutung. Vielleicht ein kleiner Seitenblick, weil es gerade auch in dem einen oder anderen Aspekt angesprochen wurde, ob es ausreichend ist, gibt es andere Aspekte? Vielleicht sollte man sich das Volumen der degressiven AfA noch einmal anschauen und sollte insbesondere mit Blick auf die wirtschaftliche Abkühlung den einen oder anderen Aspekt noch mal mit ins Kalkül ziehen. Hier geht es insbesondere um die negative Hebelwirkung bei der Unternehmensteuerreform. Das sind die Gegenfinanzierungsaspekte bei der Zinsschranke, bei den gewerbesteuerlichen

Hinzurechnungen, bei der sog. Mantelkaufregelung, die keine Mantelkaufregelung ist, sondern eine ausschließliche Vernichtungsregelung und auch bei der Funktionsverlagerungsbesteuerung - insbesondere weil Sie die immateriellen Wirtschaftsgüter hier angesprochen haben -, die ja unmittelbar darauf abzielt und Forschungsinvestitionen, die bei der internationalen oder grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Tätigkeit, sagen wir mal, mehr oder minder belastet werden, diese Regelung ein wenig zu entschärfen. Wenn Sie sich das Volumen anschauen, das Sie dafür in die Hand nehmen müssen, das vielen Unternehmen in dieser wirtschaftlichen Abkühlungssituation sicherlich helfen würden, wenn Sie das ins Verhältnis zur degressiven AfA setzen, da würden Sie sicherlich auch ins Grübeln kommen, ob es nicht möglich ist, diese Aspekte noch mal in dieser Legislaturperiode mit anzugehen. Mir geht es nicht darum, das möchte ich ausdrücklich betonen, mir geht es nicht darum, nun durch die kalte Küche oder wie auch immer oder durchs Hintertürchen die Verhandlungen bei der Unternehmensteuerreform noch einmal aufzubuchen und nun noch einmal wesentliche Vorteile herauszuschlagen für die Unternehmen. Es geht mir nur darum, dass Sie den Unternehmen im Moment sicherlich helfen können, die in der Krise sind, die durch erhöhte Zinssätze, durch Nichtabzugsfähigkeit von Zinsen, durch die sozusagen doppelte Spiralwirkung, wenn Sie diesen Unternehmen helfen würden durch entsprechende Nachbesserungen im Rahmen der Gegenfinanzierungsmaßnahmen zur Unternehmensteuerreform. So viel vielleicht in der gebotenen Kürze.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir haben zu danken. Jetzt bitte ich den Deutschen Bauernverband, Herrn Simon Jäckel.

Sv Jäckel (Deutscher Bauernverband e. V.): Herr Vorsitzender, Herr Abgeordneter, vielen Dank für die Frage. Die Frage richtete sich auf den § 7g. Dort ist vorgesehen, die Betriebsgrößengrenzen, bis zu der diese Maßnahme angewandt werden kann, auszuweiten. Das ist aus unserer Sicht ein sehr sinnvolles Vorhaben, weil der § 7g mit das einzige Instrument ist, das kleinen und mittleren Einzelpersonnenunternehmen überhaupt im Steuerrecht zur Verfügung steht, da die Thesaurierungsbegünstigung, die vorher angesprochen wurde, für die normalen kleinen und mittleren Unternehmen gar nicht in Betracht kommt, sodass die unbedingt auf den § 7g angewiesen sind. Wir haben das einmal grob überschlagen: Mit der Ausweitung kommen in der Landwirtschaft ungefähr 10 000 Betriebe mehr als bisher in den Anwendungsbereich der Regelung. Wir plädieren allerdings dafür, die Grenzen noch deutlicher auszuweiten, damit zum einen mehr Betriebe als bisher in die Regelung hineinkommen und zum anderen auch Betriebe, die eine Größe erreichen, um überhaupt größere Anschaffungen finanziell stemmen zu können. Wenn Sie wirklich nur die ganz kleinen mit rein nehmen, dann haben Sie auch nicht den erhofften Investitionsanreiz. Darüber hinaus würden wir es für sinnvoll erachten, die Regelung der Sonderabschreibungen nicht auf immaterielle Wirtschaftsgüter zu begrenzen, sondern auf unbewegliche Wirtschaftsgüter auszudehnen, weil gerade in der Land- und Forstwirtschaft sehr viele Investitionen, bspw.

Stallbauten, in Gebäude gehen und damit eben nicht begünstigt sind. Einen Punkt würde ich auch gern noch ansprechen: Nämlich wie man den § 7g vereinfachen könnte, ohne dass es zu Steuermindereinnahmen kommen würde. Und zwar ist seit der Unternehmensteuerreform vorgesehen, dass die Anschaffungen ihrer Funktion nach benannt werden müssen. Ich kann also heute eine Anschaffung der Funktion nach benennen und muss dann nach spätestens drei Jahren investieren. Was allerdings nicht möglich ist, ist, dass ich den Investitionsabzugsbetrag umwidme. Wenn ich bspw. im ersten Jahr meiner Planung davon ausgehe „Ich brauche einen neuen Traktor!“, dann aber im dritten Jahr feststelle, dass ich eigentlich genau dasselbe Geld viel sinnvoller in einen neuen Melkroboter investieren könnte, ist es mir verwehrt, den Betrag umzuwidmen, d. h., wenn ich die sinnvolle Investition durchziehe, muss ich den Abzugsbetrag rückwirkend auflösen, obwohl ich genau den Betrag investiert habe, den ich vorher angegeben habe. Missbrauch ist nicht möglich, weil eine rückwirkende und verzinsliche Auflösung des Betrags erfolgt, wenn ich gar nicht investieren würde, sodass ich mit der jetzigen Regelung denjenigen bestrafe, der auf schwierige Situationen, wie wir sie jetzt haben, flexibel reagieren möchte. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir haben Ihnen zu danken, Herr Simon Jäckel. Das waren die Antworten auf die Fragen unseres Kollegen Olav Gutting. Jetzt gehen wir zur Fraktion der Sozialdemokraten. Nächster Fragesteller ist der Kollege Lothar Binding.

Lothar Binding (SPD): Schönen Dank. Ich habe eine Frage, zu der ich gerne die Stellungnahme der Wissenschaft - Ich wollte Herrn Dr. Büttner fragen - und der Wirtschaft - Da würde ich gerne Herrn Welling fragen - erbitten möchte. Es geht mir um die Dimensionierung. Wir tun hier irgendwie so, als ob wir wüssten, welche Effekte in welcher Größenordnung eintreten. Da war die Rede von „Knirps“. Damit wird sozusagen das Maßnahmenpaket fast schon diskriminiert. Und ein Knirps ist möglicherweise nur 10 cm. Ein ausgewachsener Schirm wäre also „Faktor 10“. Oder - Sie haben gesagt: „Lächerliche Größenordnung!“ Das suggeriert mir, dass man wissen kann, was eigentlich passiert. Deshalb frage ich jetzt nach der Elastizität der Maßnahmen, wenn man verschiedene Dinge mit ins Kalkül zieht. Es wurde dann gesagt: „50 bis 75 Milliarden müssten es schon sein!“ Ich frage einmal mit dem Hintergrund, was der Staat jetzt nachlässt oder ermöglicht. Damit beschränkt er natürlich selbst seine Investitionsmöglichkeiten. Das müssen wir sicher mit berücksichtigen, denn es gibt kaum jemanden, der sein Geld so schnell ausgibt wie der Staat. Insofern ist alles, auf was er verzichtet - das ist sonst oft die Kritik -, an anderer Stelle kontraproduktiv. Unter Einbezug der sog. automatischen Stabilisatoren, bedeutet das, dass der Staat jetzt auf Mindereinnahmen verzichtet. Das ist auch ein wichtiger Effekt. Er verzichtet darauf, in den Abschwung hinein zu sparen. Es wäre vielleicht auch eine Idee, das zu tun. Die anderen steuerlichen, automatischen lasse ich jetzt mal weg. Und unter Einbezug ...

Vorsitzender Eduard Oswald: Genau das wollten Sie jetzt fragen!

Lothar Binding (SPD): ... der Idee ... Die Frage habe ich eigentlich schon gestellt, aber ich wollte drei Bedingungen mit einbeziehen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Sie wollten auch noch Ihr Wissen unterbringen!

Lothar Binding (SPD): Nein! Ich wollte noch fragen ... Die Zwischenrufe machen die Sache nicht kürzer, das ist klar.

Vorsitzender Eduard Oswald: Das ist wahr.

Lothar Binding (SPD): Ich muss ja immer wieder neu ...

Vorsitzender Eduard Oswald: Sie merken daran, dass nicht nur Sachverständige viel wissen, sondern auch Kolleginnen und Kollegen.

Zwischenruf Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD): ..., dass es auch Abgeordnete gibt, die sachverständig sind.

Lothar Binding (SPD): ..., unter Einbezug der Fragestellung, dass vorhin gesagt wurde „In Europa passiert was!“. Da ist ja die Idee: 1 Prozent, 130, 135 Milliarden, wobei man berücksichtigen muss, dass es, wenn es dort so ein Programm gibt, in Deutschland mit zwischen 30 und 40 Milliarden aufschlägt. Frage: Wie hoch ist die Elastizität, über die Sie hier reden? Denn mir ist kein Förderprogramm dieser Art bekannt, von dem man im Nachhinein sagen könnte: Das hat die Konjunktur gerettet!. Vielmehr, es war im Regelfall immer so: Nach geraumer Zeit kam die Konjunktur über den ganz normalen Konjunkturzyklus wieder in ein anderes Fahrwasser. Im Lichte dieser Betrachtungen wollte ich Herrn Dr. Büttner und Herrn Welling noch einmal um eine Stellungnahme bitten.

Vorsitzender Eduard Oswald: Prof. Dr. Büttner vom ifo Institut wird das aufgreifen und den Kollegen Lothar Binding bei nächster Gelegenheit als Sachverständigen einladen. Bitte schön, Prof. Dr. Büttner, Sie haben das Wort.

Sv Prof. Dr. Büttner (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.): Vielen Dank für die Frage. Ich denke, es gibt nicht nur die Befürchtung, dass eine Krise kommt. Es gibt viele Anzeichen, dass die Geldpolitik allein nicht mit der Sachlage klarkommt. Insbesondere weil die Finanzmärkte nicht ordentlich funktionieren, kann die Geldpolitik nicht im gewohnten Umfang wirken. Deswegen ist es richtig, dass man Fiskalpolitik macht, aber es bestehen eben erhebliche Unsicherheiten über diese Fiskalpolitik. Wir wissen, dass Fiskalpolitik wirksam ist, dass Impulse kommen können, aber wir wissen auch, dass in der Historie diese

Versuche fast immer gescheitert sind. Ich möchte an das japanische Beispiel erinnern, bei dem man enorm viel Geld in die Hand genommen hat, aber keine starken positiven Wirkungen erzielen konnte. Nicht, dass die Fiskalpolitik in Japan nicht wirksam gewesen ist, aber am Ende ist eine massive Verschuldung entstanden und die konjunkturelle Stabilisierung hat so nicht funktioniert, weil einfach auch das Timing nicht funktioniert hat. Deswegen gehört eigentlich zu einem vernünftigen fiskalpolitischen Impuls eine Strategie. Die Strategie muss erst einmal auch eine Budgetsichtweise beinhalten. Es kommt z. B. darauf an, dass man erst einmal deutlich macht, dass das Budgetziel von 2011 aufgegeben wird. Das ist richtig. Ohne das kann der konjunkturelle Impuls gar nicht kommen. Ohne das können auch die automatischen Stabilisatoren nicht wirken. Die Frage ist: Was tut man noch mehr? Und um mehr zu tun, ist Glaubwürdigkeit eine klare Strategie. Es geht darum, Vertrauen zu schaffen. Für all das ist sehr wichtig, dass man eine klare Strategie vorlegt. Die Frage ist, ob man zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich eine klare Strategie vorlegen kann. Und da habe ich doch Zweifel und das Ifo Institut hat Zweifel, ob so etwas zu diesem Zeitpunkt möglich ist. Die Auguren sind überall da. Es gibt alle möglichen Prognosen, die sich überstürzen. Wir hatten das vor kurzem mit der Finanzkrise, wo eben auch zunächst keine Risiken da waren, dann waren exorbitante Risiken da und so weiter. Der Impuls, wie wir ihn jetzt hier messen, wenn man die Regierungserklärung vom 5.11. und das Maßnahmenprogramm vom 7. Oktober hinzunimmt, kommt, würde ich mal sagen, auf rechnerisch zwischen 0,4 und 0,7 Prozentpunkte am BIP. Das liegt vielleicht ungefähr am unteren Rand dessen, was der Sachverständigenrat vorgeschlagen hat. Er hat gesagt, am Beginn sollte man, weil die Risiken nicht genau zu erkennen sind, immer bei 0,5 bis 1 Prozent liegen. Da liegen wir ungefähr. Die große Frage ist aber, ob der rechnerische Impuls auch ein tatsächlicher Impuls ist. Da sind eben erhebliche Risiken drin und da ist Vieles nicht klar. Insofern denke ich: Es ist nicht von vornherein verkehrt, sich jetzt, wo die Krise ja noch gar nicht angekommen ist, nicht vollständig festzulegen. Wir haben momentan keinen Zusammenbruch der Binnennachfrage. Noch haben wir einen Zusammenbruch der sich abzeichnenden Exportnachfrage. Wenn ich jetzt auf einmal Gutscheine unter die Leute bringe, hat das vielleicht gar keinen Effekt, der wirksam wird. Die Leute im beginnenden Abschwung rechnen mit zunehmenden Risiken. Wenn jetzt ein Katastrophenszenario entworfen wird, dann kommt das Vorsichtsmotiv zum Tragen und dann kommt ein Attentismus zum Tragen und dann verpuffen diese Maßnahmen vielleicht. Insofern denke ich: Man kann einiges dafür vorbringen, dass die Regierung noch kein umfassendes Gesamtprojekt aufgelegt hat. Sie hat einige Schritte gemacht. Sie hat damit gezeigt oder zeigt damit, dass sie aktiv sein will. Aber ich beantworte diese Frage dahingehend, dass wir nicht genau abschätzen können, wie groß die Probleme werden. Wir wissen noch gar nicht, wie groß die Krise wird. Insofern sind die ganzen Vorgaben, wie stark jetzt reagiert werden muss, was die richtige Zahl ist, mit großer Unsicherheit zu sehen. Und ein Punkt ist natürlich auch: Man kann nur begrenzte Maßnahmen abfeuern. Irgendjemand hat eine gewisse Menge an Pulver, das man abschießen kann. Wenn man sich nun gleich zu Beginn auf alles Mögliche festlegt und hinterher

revidieren muss, dann untergräbt man die Glaubwürdigkeit, die man braucht, um das Vertrauen zu schaffen. Insofern denke ich, dass ein solch kleines Programm in dieser Situation vertretbar ist, vorausgesetzt man plant und beobachtet die Situation weiter und trifft dann weitere Maßnahmen, wenn die Krise tatsächlich ankommt.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank für Ihre Einschätzung. Jetzt gehen wir zu Ihnen, Herr Berthold Welling, für den Bundesverband der Deutschen Industrie.

Sv Welling (Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.): Herr Binding, vielleicht eine Vorabbemerkung: Ich habe gar nichts gegen den Regenschirm Knirps. Das deswegen nicht, weil er mir a) das eine oder andere Mal schon an einem verregneten Tag geholfen hat. Das Zweite ist: Der Knirps ist auch ein Mitgliedsunternehmen bei uns. Aber das ist nicht der wesentliche Punkt. Aber wenn wir schon bei Knirps sind: Ich glaube, das Geheimnis von Knirps ist, er kommt klein daher, hat aber eine große Effektivität und eine hohe Effizienz. Von daher ist Ihre Fragestellung, Herr Sachverständiger, sicherlich auch die richtige, ...

- Heiterkeit -

Sv Welling (Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.): ..., weil sie über die Höhe der Elastizität gesprochen haben. Das ist, glaube ich, das Wesentliche, wenn wir es beim Knirps-Beispiel lassen, dass Sie mit einer relativ kleinen Regelung eine größtmögliche Effektivität oder Effizienz erreichen möchten. Das an einem Ausgabevolumen festzumachen, halte ich für völlig verfehlt. Das ist genau der gleiche Fehler. Das ist jetzt kein Nachkarten, aber das ist die eigene Erfahrung, die Sie vielleicht im Rahmen der einen oder anderen Reform, die Sie in Ihrem Kreis besprochen haben gemacht haben. Erbschaftsteuerreform: Wenn Sie eine 4 Milliarden Vorgabe machen, wird das Ganze eben unrund. Unternehmenssteuerreform: Wenn Sie ein Ausgabevolumen von 5 Milliarden vorgeben, dann wird es eben schwierig, weil Sie effiziente oder effektive Maßnahmen runter pressen müssen. Das Gleiche gilt bei so einem Maßnahmenpaket: Wenn Sie das Ausgabenvolumen vorher vorgeben und sagen „Dieses Geld möchten wir jetzt verpulvern. Es kommt gar nicht auf die Maßnahme an!“, dann ist es völlig verfehlt. Insofern geht es vielmehr darum: Wenn Sie diese Ausgabenhöhe vorher beziffern, geht das Gezerre um diese Ausgaben los. Und wir wollen doch eigentlich eines erreichen - zwei Punkte: Wir möchten nämlich erstens ganz gerne Stärkung des Vertrauens für eine ggf. zukünftig einbrechende Binnennachfrage, insbesondere Konsumnachfrage. Und der zweite Punkt, den wir erreichen möchten, ist, die Investitionen zu stärken - Investitionen, um damit auch der Exportwirtschaft zu helfen, weil das sicherlich einer der ganz großen Wachstumsmotoren in Deutschland ist. Wie kann man das machen? Das ist natürlich die große Frage. Darüber streiten wir sicherlich nicht nur bei uns im Haus, auch unter den Häusern. Nicht streiten, sondern diskutieren - sagen wir es mal so. Wir erörtern diese Aspekte. Jeder hat seinen eigenen Weg. Wichtig wäre - jetzt für unser

Haus gesprochen -, dass es langfristigen Erfolg haben und sich auch abzeichnen kann. Das sind bspw. vertrauensbildende Maßnahmen, die in die Zukunft gerichtet sind und insbesondere auch vom Bürger verstanden werden. Nehmen wir ein Beispiel: Wenn Sie die Kfz-Steuer als Kaufanreiz nehmen, als vertrauenswerbende Maßnahme, um etwas beim Konsumenten einzuwerben, allerdings auch um für Verständnis zu werben, dann wäre sicherlich eine schnelle Umsetzung der CO₂-basierten Kfz-Besteuerung - nehmen wir mal an zum 01.07. - eine der zielführenden Maßnahmen. Das wäre etwas, das man auf den Weg bringen könnte. Das ist etwas, um Vertrauen zu schaffen, damit man eine Perspektive für den Konsumenten aufzeigt. Ich weiß: Ab dem 01.07. ist folgende Regelung nicht befristet! Da gilt diese Regelung! Und: Die ist auch nicht in zwei Jahren wieder Makulatur oder nach einem halben Jahr oder es wird nachgebessert. Das ist sicherlich nur ein kleines Beispiel. Ich kann das noch mal bei den anderen Aspekten wiederholen: Schauen Sie sich bitte die Haushaltsauswirkungen für die Nachbesserungsmaßnahmen, die ich gerade angetippt habe, insbesondere Zinsschranke, noch einmal genau an. Es geht nicht darum, die Zinsschranke aufzuheben, aber es geht sicherlich darum, den Unternehmen in der Krise nicht die Kreditwürdigkeit und die Kreditmöglichkeit zu nehmen. Denn hier stehen teilweise 600 Basispunkte im Raum. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Bei einem Rating, einem Kredit-Rating sind schon 50 Basispunkte eine wirklich hohe Hausmarke, über die sicherlich gestritten wird. Man versucht, diese 50 Basispunkte für einen besseren Kredit zu erreichen. 600 Basispunkte stehen bei einer Nichtabzugsfähigkeit der Zinslasten im Raum. Das sind sicherlich Maßnahmen, da käme man, wenn man das an der Aufkommenswirkung spiegeln würde, sicherlich zu ganz anderen Maßnahmen und Schlüssen. Aber das bedeutet natürlich auch, dass Sie sich das mit einem gewissen Zeitfaktor durch den Kopf gehen lassen müssen. Und dieses Paket sehe ich als einen Schnellschuss. Es sind eben schnelle Maßnahmen, um auch zu symbolisieren: Die Politik ist handlungsfähig! Das haben Sie sicherlich unter Beweis gestellt, insbesondere mit der Wiedereinführung der degressiven AfA. Das ist eine Maßnahme. Damit möchte ich auch schließen. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Das waren die Antworten auf die Fragen unseres Kollegen Lothar Binding. Die nächste Fragestellerin kommt aus der Fraktion der CDU/CSU und ist unsere Kollege Antje Tillmann. Bitte schön, Frau Kollegin Antje Tillmann.

Antje Tillmann (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Mich würde interessieren, inwieweit das bei den einzelnen Stellungnahmen eine Rolle gespielt hat, dass wir all diese Maßnahmen kreditfinanzieren. Da war es sehr angenehm von Ihnen, Herr Prof. Büttner, zu hören, dass es einen Zusammenhang zwischen Finanzierung und Auswirkung gibt. Können Sie uns Kriterien nennen, nach denen Sie eine Maßnahme als wirtschaftlich vernünftig ansehen, auch wenn wir sie aus Krediten finanzieren? Und die zweite Frage an den Bund der Steuerzahler: Da fehlt mir der Zusammenhang zu den künftigen Zinsen vollständig.

Haben Sie bei den Überlegungen einen Zusammenhang zwischen künftigen Kreditzinsen und Beurteilung der Maßnahmen, die hier vorliegen, hergestellt?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Frau Kollege Antje Tillmann. Ich beginne bei Ihnen, Herr Prof. Dr. Büttner. Bitte schön, Prof. Dr. Büttner.

Sv Prof. Dr. Büttner (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.): Vielen Dank für die Frage. Ein fiskalpolitischer Impuls, der wirksam sein soll, möchte die Leute und Unternehmen dazu bringen, Nachfrage zu entfalten, also entweder Konsumgüter zu kaufen oder zu investieren. Wenn ein Impuls gesetzt werden soll, dann kann nicht gleichzeitig gesagt werden, „Wir nehmen dir das Geld aber bald wieder weg!“. Man kann eben nicht sagen, „Ich nehme es dir an anderer Stelle weg!“. Es kommt darauf an, ein ordentliches Timing aufzubauen, bei dem man jetzt, wo die Konjunkturkrise da ist, den Leuten sagt, „Wir glätten das durch eine Verschuldung! Wir versuchen nicht, zum jetzigen Zeitpunkt eine Budgetneutralität herzustellen!“ Sicherlich wollen wir mittelfristig auf einen konsolidierten Haushalt im Sinne des strukturellen Defizits zurück, aber das strukturelle Defizit ist nach laufenden Schätzungen sehr gering. Insofern kann man und muss man jetzt, damit man überhaupt konjunkturelle Impulse setzt, die Defizite hinnehmen, die sich ergeben. Das ist das erste, grundsätzliche Kriterium. Und das kennzeichnet auch, denke ich, das Programm. Wenn man jetzt wirklich sehr viel Geld in die Hand nimmt, kommt es darauf an, dass man sich tatsächlich über die Vorstellung äußert, wie man zurück zum konsolidierten Haushalt kommt, denn die Bürger und Unternehmen wissen, dass der Staat wieder eine Konsolidierung will und dann braucht man eine gewisse Verlässlichkeit, dass man jetzt sozusagen gesagt kriegt „Für diesen Zeitraum gilt das!“ Eine wirksame Fiskalpolitik setzt sehr stark auf diesen intertemporalen Aspekt, dass ich jetzt handeln muss, um in staatliche Vergünstigungen zu kommen. Das versuchen wir bei den Investitionsprogrammen. Es ist richtig gemacht, dass man eine gewisse Terminierung setzt. Das passt eben mit der Vorstellung zusammen, dass man wieder in eine konjunkturell bessere Situation kommt und dann an die Konsolidierung denkt. Insgesamt ist es sehr schwierig, mit diesen Unsicherheiten zu arbeiten. Deswegen kann man jetzt, wie gesagt, keine klaren Vorgaben setzen, keinen klaren Pfad vorzeichnen. Wichtig ist aber auch, dass ein Teil der Maßnahmen, die hier vorgeschlagen werden, dazu geeignet sind, das Risiko von den Schultern der Unternehmen zu nehmen. Es ist das Problem der Unternehmensbesteuerung, das jetzt verschiedentlich angesprochen wurde, dass wir hier die alten Prinzipien des Steuerrechts verloren haben, dass eben nicht nur dann Steuern gezahlt werden, wenn Gewinne entstehen, sondern eben durch mangelnde Verlustverrechnung und solche Dinge, durch Zinsschranken usw. auch sonst Steuern gezahlt werden. Das beschädigt jetzt diese automatischen Stabilisatoren und diese Risikoteilung, dass die Unternehmen sozusagen vom finanziellen Risiko des Staates entlastet werden. Diesen Schritt ist man jetzt notgedrungen bei der Unternehmenssteuerreform gegangen. Es war richtig, dass man diese massiven Steuersenkungen macht.

Man kam nur so voran. Aber jetzt muss man natürlich das Problem sehen, dass diese Risikoteilung nicht ordentlich funktioniert. Und durch eine Verbesserung der Risikoteilung kann man diese Risiken, die in der Konsolidierung des Budgets liegen, für den Entscheider in den Unternehmen reduzieren. Das ist sozusagen ein Trick, diese Schwierigkeiten zu vermeiden, indem man den Leuten nicht mit der Konsolidierung droht, sondern dem Unternehmen von vornherein sagt „Von deinem Gewinn nehme ich dir nur so und so viel weg!“. Darin liegt die Risikoteilung. Insofern denke ich, dass es, weil man nicht schnell eine neue Steuerreform bauen kann, unter pragmatischen Gesichtspunkten richtig ist, jetzt an die degressive AfA zu gehen und andere Maßnahmen dieser Art und Weise zu machen. Ich weiß, es ist nur eine partielle Antwort auf Ihre Frage, wenn ich sage „Wir können jetzt nicht gleichzeitig konsolidieren, wir müssen die Defizite hinnehmen!“. Wir brauchen am Ende eine glaubwürdige Strategie zurück zur Konsolidierung. Darüber muss gesprochen werden, sonst verpufft auch die Wirksamkeit des Programms insgesamt.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen herzlichen Dank. Jetzt gehen wir zum Bund der Steuerzahler, Frau Isabel Klocke.

Sve Klocke (Bund der Steuerzahler Deutschland e. V.): Vielen Dank für die Frage. Der Bund der Steuerzahler sieht natürlich angesichts der Wirtschaftskrise, dass Maßnahmen getroffen werden müssen. Wir halten dennoch daran fest, dass oberstes Ziel eine Haushaltskonsolidierung sein muss. Wir sind nicht der Ansicht, dass man Maßnahmen auf Pump finanziert und damit nachfolgende Generationen belastet. Das vielleicht ganz kurz: Wir können gerne, wenn Sie das wünschen, hierzu ein Papier nachreichen. Danke schön.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Das waren die Antworten auf die Fragen unserer Kollegin Antje Tillmann. Jetzt gehen wir wieder zur Sozialdemokratie, Kollege Ortwin Runde. Bitte schön, Ortwin Runde.

Ortwin Runde (SPD): Ich möchte bei dem, was Frau Tillmann gesagt hat, anknüpfen. Konjunkturprogramme in Deutschland sind bis in die wissenschaftlichen Bereiche hinein immer sehr kritisch betrachtet worden. Das ist eigentlich ein Wort, das man nicht sagen darf. Könnte man nicht, wenn man das heute verfolgt, den Eindruck gewinnen, dass das auch gute Gründe hat, weil solche Konjunkturprogramme immer dazu verleiten, das, was man immer schon mal haben wollte, endlich zu fordern, sodass man sich zum Teil fragt, wie die Nachträume sind, wenn das am Tag geträumt wird, - und wie die Alpträume jener Menschen sein müssen, die für Finanzen verantwortlich sind. Daher, Herr Horn und Herr Büttner, die Frage: Trägt es nicht sowohl zur Glaubwürdigkeit als zur Wirksamkeit solcher Konjunkturprogramme bei, dass sie zeitlich befristet sind - von vornherein - und dass man in solche Konjunkturprogramme keine ausgabewirksamen Maßnahmen mit Dauerwirkung einflieht? Gordon Brown - Mehrwertsteuersenkung, dann aber Einkommensteuererhöhung: Ist es der

richtige Weg, beides so rum miteinander zu verknüpfen? Zweite Frage: Öffentliche Investitionen haben nach meiner Literaturkenntnis die höchste Beschäftigungswirkung und die höchste Wirkung überhaupt. Da ist aber in der Tat nicht nur der Bund gefragt, sondern sind Bund, Länder, Kommunen gefragt. Bei Kommunen - das Thema Haushaltssicherung: Inwiefern wird denn gerade durch die gewinnunabhängigen Bestandteile der Gewerbesteuer die Investitionskraft der Kommunen gestärkt? Und: Was muss man machen, damit auf der nationalen Ebene die Gebietskörperschaften in die gleiche Richtung tätig werden?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Herr Dr. Gustav Horn, wenn Sie beginnen. Bitte schön, Herr Dr. Horn.

Sv Dr. Horn: Vielen Dank. Hier ist gefragt worden, ob Konjunkturprogramme wirken. Manchmal frage ich mich in der Tat: Weiß man in Deutschland noch, was ein Konjunkturprogramm ist? Bei vielem, was ich gehört habe, hat die Konjunktur eigentlich gar nichts zu suchen. Die Maßnahmen mögen begründet sein oder auch nicht, aber mit Konjunktur hat es nichts zu tun. Allgemeine Steuersenkungen zu Zeiten der Hochkonjunktur versündigen sich z. B. gegen die konjunkturpolitische Steuerungsfähigkeit, weil sie den Handlungsspielraum des Staates in schlechten Zeiten erheblich begrenzen. Wenn wir über Konjunkturprogramme reden, reden wir - sozusagen definitorisch - über zeitliche Befristungen. Weil es gilt, die Binnennachfrage in dem Jahr, in dem man die Krise erwartet, durch Druck nach oben zu bringen. Wir reden hier nicht über die nächsten vier bis fünf Jahre. Das heißt, der Anreiz, Binnennachfrage schnell zu mobilisieren, muss Teil eines Konjunkturprogramms sein. Das zeigen auch die Untersuchungen. Wir haben hier Untersuchungen vorzuliegen, die zeigen, was bei Konjunkturprogrammen wirksam ist und was nicht. Der IMF hat dies getan, Brookings Institution hat dies getan. Und ein sehr starkes Element ist eben „schnell“, „schnelle Wirksamkeit“, eben nicht lange zu warten. Natürlich weiß man am Anfang nicht, wie tief die Krise wird. Das weiß man nie. Dann dürfte man auch nie ein Konjunkturprogramm machen. Wenn man aber, wie seinerzeit die Japaner, zu lange zuwartet, dann wird es teurer und unwirksamer. Das heißt, man muss schnell handeln. Befristung! Schnelles Handeln ist wichtig! Und dann sind Maßnahmen wirksam, die direkt auf den Wirtschaftskreislauf wirken - nicht indirekt -, d. h. nicht vermittelt über Steuersenkungen, indirekt, erstmal ins Portemonnaie, dann wird ein Teil davon gespart und ein Teil für Importe ausgegeben und dann erst kommt der Wirtschaftskreislauf. Die direkteste Wirksamkeit haben öffentliche Investitionen. Deren Nachteil ist, man kriegt sie nicht von heute auf morgen auf die Beine. Da muss man natürlich die Prozesse beschleunigen und im Grunde das nehmen, was man in der Schublade hat. Deshalb kann man auch nicht unendlich viel machen. Oder: Steuerliche Anreize für Privatinvestitionen, die Teil des Programms sind, die ich ausdrücklich begrüße. Handwerkerleistungen: Völlig vernünftig, aber zeitlich befristen, bitte! Dann wurde danach gefragt, dass wir in Deutschland die verschiedenen Gebietskörperschaften haben. Das ist in der Tat ein Problem! Wir haben durch die Regelung, die wir

in Deutschland haben, unsere konjunkturpolitische Schlagfertigkeit - wenn ich es mal ganz formal sehe - weitgehend eingebüßt. Eigentlich ist der Bund zuständig, aber der Hauptinvestor sind die Kommunen und dazwischen liegen die Länder. Und wenn sich die Länder nicht an dieser Sache beteiligen und sich nicht verpflichtet fühlen, Mittel, die vielleicht der Bund an die Kommunen weiterreicht, tatsächlich effektiv wirksam werden zu lassen, sondern dass die auf direktem oder indirektem Wege zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden, dann ist das Ganze umsonst. Man muss die Länder mit ins Boot nehmen, sonst werden wir viel zu wenig erreichen. Die Kommunen sind durch die Gewerbesteuerreform bessergestellt worden. Das ist gut so. Sie sind also zu Beginn dieser Krise eher in der Lage, etwas zu tun, als zu Beginn der vergangenen - das muss man sagen -, aber bei sehr, sehr großen Unterschieden. Es gibt Kommunen, die gerade im Geld schwimmen, für die das überhaupt kein Problem ist. Und es gibt Kommunen, vor allen Dingen auch in Nordrhein-Westfalen, die weiterhin unter Haushaltskuratel stehen, die in keinster Weise in der Lage sein werden, ihre Investitionen auszuweiten, geschweige denn zu halten. Das heißt, wenn wir das laufen lassen, werden wir wieder ein prozyklisches Investitionsverhalten des Staates insgesamt bekommen und das wird dann vor allen Dingen an den Kommunen liegen. Wir müssen dieses Problem in den Griff bekommen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Herr Dr. Horn. Jetzt bitte ich Sie, Herr Prof. Dr. Büttner.

Sv Prof. Dr. Büttner (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.): Vielen Dank. Ich stimme Herrn Horn in vielen Punkten zu. Konjunkturprogramme wirken vor allen Dingen dort, wo sie zeitlich befristet sind. Es ist erstmal generell die Idee, dass sie zeitlich befristet sind, dass sie nur durch das Tal tragen. Und wenn man jetzt auf konkrete Maßnahmen guckt, ist es sehr wichtig, dass sie zeitlich befristet sind, weil man diesen Vorzieheffekt bekommen will. Sie erinnern sich vielleicht an die Mehrwertsteuererhöhung, die wir hatten. Da hatten wir auch einen Vorzieheffekt. Dieser wäre jetzt im Konjunkturrellen wieder zu diskutieren. Das Problem bei der Terminierung ist jetzt natürlich: Wann soll die Maßnahme wieder enden? Man muss klar sagen, dass sie wieder endet, aber man muss einen Zeitpunkt finden, wann. Was ich momentan am überzeugendsten finde, sind - und da werbe ich für ein sequenzielles Vorgehen -, Schätzungen aus meinem Hause, aus dem ifo Institut, die Worst-Case-Szenarien angucken. Wenn wir jetzt jedes Quartal die schlechtesten Nachrichten haben, die wir in der Vergangenheit schon mal gesehen haben: Wie lange dauert diese konjunkturelle Eintrübung? Und die kommen zu dem Ergebnis, dass man dann spätestens im Jahr 2010 wieder herauskommt. Das Problem mit so einer Analyse ist, dass wir noch nicht wissen, was noch alles kommt. Es können jetzt noch weitere Schocks kommen. Aber wenn wir jetzt davon ausgehen, „Das war es!“ und wir kriegen jetzt diese rezessive Entwicklung, dann wäre 2010 die richtige Terminierung. Und wir sehen auch hier in verschiedenen Punkten, das man die Dinge bis 2010 befristet. Insofern kann man das, denke ich, befürworten. Gleichzeitig

sieht man natürlich, wenn jetzt zusätzliche Probleme kommen, braucht man neue Programme und vielleicht eine neue Terminierung. Was in Japan schief gegangen ist, ist nicht einfach nur, dass sie zu lange zugewartet haben. Sie haben gewartet! Dann sind sie aktiv geworden, massiv aktiv geworden, auch erfolgreich aktiv geworden und haben einen Aufschwung im Lande produziert. Und dann war das Problem, dass sie, als der Aufschwung im Lande da war, auf die Konsolidierungsbremse gedrückt haben, obwohl nicht ahnend, was das für Konsequenzen haben würde. Es war auch nicht abzusehen. Man musste sehen, wenn das ein konjunktureller Einbruch ist, der aus dem Immobiliencrash in Japan kommt oder im Immobilienpreisblasenzerfall - wie auch immer man das nennen mag - liegt, dann war auch klar, dass man, wenn diese Krise überwunden ist, wieder weiter wirtschaften kann. Und die Japaner haben natürlich aufgrund des demografischen Wandels ähnliche Situationen wie in Deutschland. Sie haben das berechtigte und das wichtige Interesse gehabt, die Konsolidierung zu erreichen. Das hat dann wieder neue negative Schocks ausgelöst. Deswegen ist es doch sinnvoll, dass man ein bisschen zuschaut, mit was für einer Krise man es hier zu tun hat. Wie gesagt, die Terminierung ist wichtig. Aber man sollte sich sehr genau angucken, welches Instrument man hat. Mit der Mehrwertsteuer haben wir unglückliche Erfahrungen gemacht. Auch aus der generellen Preiswirkung heraus scheint mir das jetzt nicht der richtige Weg zu sein - dagegen eher solche Sonderabschreibungen oder andere Programme, die befristet sind. Vielleicht dann noch ein Wort zu der Bedeutung der öffentlichen Hand: Nachfrageeffekte - auch da stimme ich Herrn Horn zu - sind natürlich vor allen Dingen dort unmittelbar zu entfalten und stehen nicht unter dem Vorbehalt, dass die Akteure wirklich aktiv werden, wo ich den Haushalt selbst in der Hand habe, d. h. die öffentliche Hand kann klare Nachfrageimpulse setzen. Jetzt ist es aber in Deutschland so, dass es nicht so einfach ist. Wir haben eben eine föderale Ordnung und wir wollen, wir sehen, dass die Kommunen im investiven Bereich aktiv werden können. Das Tolle daran ist, dass es, wenn wir da auf die kommunale Ebene Geld geben, quasi 12 000 verschiedene Lösungsantworten geben wird, weil wir 12 000 Gemeinden in Deutschland haben. Insofern kann man schon darauf vertrauen, dass auch vernünftige Ideen zum Tragen kommen. Wenn es auch dem Staat insgesamt sehr schwer fällt, jetzt auf die Schnelle Programme, die sich eignen, aus der Schublade zu holen, auf der kommunalen Ebene hat man eine große Vielfalt und viele Möglichkeiten. Aber dort haben wir eben wieder diese Steuerungsprobleme. Wenn wir jetzt Geld an die Kommunen geben - die Kommunen rechnen damit, noch läuft die Gewerbesteuer hervorragend, wir haben super Gewerbesteuereinnahmen im historischen Vergleich -, was mache ich als Bürgermeister, wenn ich mit dem Konjunkturunbruch rechne und irgendwelche investiven Mittel bekomme? Ich werde vielleicht trotzdem versuchen, Reserven für die schwierige Zeit, die kommt, zu bilden. Und dann habe ich wieder keinen zusätzlichen Nachfrageeffekt. Das heißt, dort wird die Schwierigkeit auftauchen, wie man das mit der Gewerbesteuerentwicklung zusammenbringt. Wenn man also ein konjunkturelles Programm auf der kommunalen Ebene, für das Vieles spricht, anregen will, stellt sich nicht nur die Frage, wie man das überhaupt hinbekommt, dass man die Länder mit ins Boot holt -

denn schließlich kann der Bund da nicht ohne Weiteres überall herumfuhrwerken, das ist also einmal schwierig -, sondern man muss auch die Gewerbesteuerentwicklung mit ins Boot nehmen. Und auch das spricht dafür, dass man sich bei einer Ausarbeitung entsprechender Programme etwas Zeit nimmt und sich das sorgfältig überlegt. Aber im Prinzip ist das ein Weg, der wirksam ist und der dann auch wider terminiert sein kann, indem ich bspw. Investitionszulagen gebe oder irgendwelche Zuweisungen in den Investitionshaushalt vornehme. Das muss eben auch wieder befristet sein, um einen Impuls zu entwickeln. Dann kann ich mir vorstellen, dass da auch einiges an Nachfrage entsteht. Vielen Dank.

Vorsitzender Eduard Oswald: Dafür vielen, herzlichen Dank. Ich gehe jetzt weiter in meiner Liste der Wortmeldungen. Das waren die Antworten auf die Fragen vom Kollegen Ortwin Runde. Wir haben jetzt 16.00 Uhr. Durch die Unterbrechung hat es sich verzögert. Die Sachverständigen, die möglicherweise um 16.00 Uhr weg müssen, sollen es mir signalisieren, damit die Fragestellungen vorgezogen werden können. Ich beabsichtige aber trotzdem, insgesamt gegen 16.30 Uhr zu Ende zu kommen. 16.30 Uhr würde, merke ich, reichen. Sie müssen um 16.00 Uhr gehen? Okay, ist angekommen! Dann gehen wir weiter. Bei mir hat sich als Nächster Kollege Manfred Kolbe für die Fraktion der CDU/CSU gemeldet.

Manfred Kolbe (CDU/CSU): Ich habe zwei verschiedene Fragen an den Verband der Automobilindustrie und an den Deutschen Bauernverband. Den Verband der Automobilindustrie frage ich zur Kfz-Steuer-Befreiung: Wie weit ist das ein sinnvolles, hinreichendes, taugliches Instrument, um dem befürchteten Absatzeinbruch zu begegnen - sowohl für die Autoindustrie, als auch für die Autozulieferindustrie? Und der Deutsche Bauernverband hat uns ein paar interessante, zusätzliche Vorschläge gemacht. Vielleicht könnten Sie zu denen kurz etwas ausführen, insbesondere was die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter bis 1000 Euro betrifft und was die Angleichung der Agrardieselbesteuerung auf EU-Niveau betrifft. Wie weit wären diese Vorschläge jetzt konjunkturelevant?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Wir versuchen jetzt alle miteinander, Fragestellungen und Antworten etwas zu konzentrieren, damit noch viele drankommen. Der Verband der Automobilindustrie ist gefragt. Herr Hans-Joachim Vanscheidt, Sie haben das Wort.

Sv Vanscheidt (Verband der Automobilindustrie e. V.): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Herr Kolbe, ich danke Ihnen sehr für die Frage. Die Kraftfahrzeugsteuer-Befreiung für die Anschaffung von Neufahrzeugen wird von der Automobilindustrie begrüßt. Unserer Ansicht nach muss das allerdings mit weiteren Impulsmaßnahmen, aber auch mit Maßnahmen zur Verbesserung der Investitionen und der Kreditversorgung einhergehen. Die Kraftfahrzeugsteuer-Befreiung gibt in der Tat einen Anreiz, um die Binnenkonjunktur zu beleben. Allerdings - das hat auch Herr Welling schon angesprochen - stellt sie nur einen

Startschuss dar. Das ist unserer Ansicht nach eine Sofortmaßnahme. Hier ist es wichtig - das wurde auch schon mehrfach angesprochen -, das Vertrauen zu stärken - sowohl bei den Kunden als auch bei der Industrie. Das kann auf diese Weise geschehen, dass man die Befreiung mit einer Folgemaßnahme koppelt: Mit der Reform der Kraftfahrzeugsteuer. Das heißt, die Steuerbefreiung ist eine Sofortmaßnahme, die ganz dringend mit der Einführung einer CO₂-basierten Kraftfahrzeugsteuer verzahnt werden muss - und zwar zum 01.07.2009. Wir appellieren hier an den Bundestag, ein Signal zu geben, dass diese Reform eingeführt wird. Das ist eine dauerhafte Maßnahme, die unserer Ansicht nach einen wichtigen Beitrag sowohl für die Umwelt als auch für die Wirtschaft leistet. Das heißt, wenn wir erreichen, dass neue Fahrzeuge, energieeffiziente, kraftstoffeffiziente Fahrzeuge angeschafft werden, leisten wir einen wichtigen Beitrag für die Umwelt. Gestatten Sie mir auch noch ein paar generelle Worte, was in diesen Tagen notwendig ist. Unserer Ansicht nach ist es eminent wichtig, dass das Vertrauen gestärkt wird. Ich sprach das gerade schon an. Verunsicherung bei den Kunden und bei der Industrie muss man begegnen. Es müssen des Weiteren Maßnahmen ergriffen werden, die Unternehmensfinanzierung zu sichern. Und - dann natürlich: Es muss Signale für vernünftige Rahmenbedingungen geben. Hier gehört es insbesondere dazu, Maßnahmen der Unternehmensteuerreform zu korrigieren und eine CO₂-basierte Kraftfahrzeugsteuer rasch einzuführen. Und natürlich zum Abschluss: Es darf keine weiteren Belastungen der Realwirtschaft geben. Meine Damen und Herren, hier möchte sich der Verband der Automobilindustrie bei dem Finanzausschuss bedanken, dass Sie eine Belastung der Realwirtschaft durch die Einschränkung des Vorsteuerabzugs für Betriebs-Pkw gestoppt haben. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Lob kommt immer gut an! Deutscher Bauernverband, Herr Simon Jäckel, bitte schön.

Sv Jäckel (Deutscher Bauernverband e. V.): Herr Vorsitzender, Herr Abgeordneter, vielen Dank. Der Deutsche Bauernverband hat sich erlaubt, zusätzliche Maßnahmen anzusprechen, die zur Stabilisierung der Konjunktur, insbesondere der Agrarkonjunktur beitragen. Bereits beispielhaft angesprochen hat der Herr Abgeordnete die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter, die stark eingeschränkt wurde auf Anschaffungskosten bis zu lediglich 150 Euro. Alles, was bis zu 1 000 Euro darüber hinausgeht, muss derzeit über fünf Jahre abgeschrieben werden, wobei es in der Wirtschaft tatsächlich so ist, dass Wirtschaftsgüter in dieser Preiskategorie entweder bereits vorher völlig wertlos sind oder überhaupt keine derart lange Lebensdauer haben. Damit man wirklich sagen kann, „Auch die Investitionstätigkeit im Bereich geringwertiger Wirtschaftsgüter wird angekurbelt!“ - das macht einen beträchtlichen Teil aus -, wird die Sofortabschreibungsgrenze deutlich, auf 1 000 Euro, hoch gesetzt, was auch angebracht gewesen wäre. Damit schaffen wir zwei Dinge: Wir kurbeln die Investitionstätigkeit an und bilden die tatsächlichen Wertverhältnisse besser ab. Ein weiterer Punkt, den wir ansprechen wollen, ist die Angleichung der Agrardie-

selbesteuerung auf EU-Niveau, weil es aus unserer Sicht unbedingt zu einem Konjunkturprogramm dazu gehört, dass die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Vergleich erhalten bleibt und auch gestärkt wird. Wir haben hier ein paar Zahlen zusammengetragen, die nicht vom Deutschen Bauernverband stammen, sondern vom Bundesfinanzministerium auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage genannt wurden. So bezahlt in Deutschland ein Landwirt für 100 Liter Agrardiesel 40 Euro Steuern, in Frankreich zahlt derselbe Landwirt 6,60 Euro, in den Niederlanden 7,70 Euro, in Österreich 9,80 Euro, in Dänemark 3,30 Euro. Man sieht die Dimensionen. Das ist inzwischen eine unerträglich gewordene Ungleichbehandlung innerhalb eines gemeinsamen europäischen Marktes. Wir plädieren intensiv dafür, den Steuersatz auf europäisches Niveau anzupassen, um diese Wettbewerbsverzerrung abzubauen und der deutschen Land- und Forstwirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Eine weitere wichtige Maßnahme zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit wäre auch die Einführung einer Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftsspezifische Risiken, die zum einen aus witterungsbedingten Einflüssen stammen können, in letzter Zeit aber auch verstärkt aus dem Bereich von Marktschwankungen. Unser Vorschlag zielt darauf ab, den Gedanken, den es im Forstschädenausgleichsgesetz bereits für Betriebe der Forstwirtschaft gibt, auf die Landwirtschaft auszudehnen. Der Effekt wäre, dass die Betriebe dadurch eine erhöhte Liquidität hätten, dass sie in guten Jahren eine gewinnmindernde Rücklage bilden und dadurch Kapital ansparen können. In Krisenjahren stünde das Kapital zum einen zur Risikovorsorge und zum anderen für Investitionen zur Verfügung. Wir halten das für ein notwendiges und geeignetes Instrument, insbesondere um die Agrarkonjunktur stabil zu halten. Vielen Dank.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir danken. Ich rege auch an, dass solche Beiträge in schriftlicher Form nachgereicht werden können. Wenn also jemand jetzt in der Zeit nicht mehr zu Wort kommt, kann er dies schriftlich nachreichen. Wenn das morgen noch ankommt, wird es in die Beratungen mit einbezogen. Nächster Fragesteller ist unser Kollege Reinhard Schultz. Dann weise ich darauf hin: Die Fragemöglichkeit liegt dann bei der Fraktion der FDP, bei der Fraktion DIE LINKE., bei der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, dann eventuell noch einmal die Fraktion der CDU/CSU, die Fraktion der SPD. Spätestens dann müssen wir aus zeitlichen Gründen Schluss machen. Kollege Reinhard Schultz.

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD): Zunächst die Frage an den Verband der Automobilindustrie: Uns haben verschiedene Zuschriften und Anregungen bezüglich des Feinschliffs der Kfz-Steuer-Befreiung für ein Jahr, zwei Jahre erreicht. Da wurde der Hinweis gegeben, dass der Anteil der Euro 5- und Euro 6-Norm-Fahrzeuge dermaßen gering sei, dass das eine Eingrenzung wäre, die - sagen wir mal - nicht sehr viel bringt. Es gab die Anregung - nicht, dass ich das jetzt hier vertreten will, sondern ich will nur wissen, wie sich das aus Ihrer Sicht verhält -, die Euro 4-Norm mit einzubeziehen. Und es gab darüber hinaus

die Anregung, über die Pkws - die Nutzfahrzeuge werden ja über die Abschreibung erwischt -, über die Pkws hinaus auch die - wie heißen sie noch mal, unsere berühmten, mobilen Ferienfahrzeuge - die Wohnmobile - genau, die Wohnmobile - mit einzubeziehen. Die Branche hat sich natürlich an uns gewandt. Vielleicht können Sie uns dazu etwas sagen? Und die zweite Frage richtet sich zurück an die Landwirtschaft: Da ich zu meinem großen Leidwesen über Jahre das Thema Biokraftstoffe behandeln musste, weiß ich, dass die Landwirtschaft dauerhaft von der Mineralölsteuer befreit ist, wenn sie ihren Biodiesel selber tankt. Hielten Sie es nicht für eine Alternative, in ihren eigenen Reihen dafür zu werben, statt ständig für weitere Steuernachlässe auf den normalen Diesel einzutreten?

- Gelächter -

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Jetzt habe ich nur eine Bitte: Die Fragen können sehr kurz beantwortet werden. Verband der Automobilindustrie, Herr Vanscheidt.

Sv Vanscheidt (Verband der Automobilindustrie e. V.): Sie sprachen an, ob die Kraftfahrzeugsteuer-Befreiung auf weitere Bereiche erweitert werden soll. Das würden wir natürlich begrüßen. Wir würden natürlich auch gerne sehen, dass der Bereich der Nutzfahrzeuge und Lastkraftwagen mit einbezogen wird. Allerdings gibt es hier natürlich Probleme, wie weit wir da noch EU-rechtlich gehen können. Was die Zahlen anbelangt - Euro 5, Euro 6: Ich habe hier die Zahlen vom Oktober vorzuliegen. Danach gab es 21 293 Fahrzeuge Euro 5 und Euro 6, wobei das fast ausschließlich Euro 5-Fahrzeuge waren. Die Zahl Euro 6 kann ich mit 32 beziffern. Die Entwicklung geht rasant voran. Wir hatten im September noch 7100 gegenüber 21 000 jetzt im Oktober. Unserer Ansicht nach wäre es, was die Befreiung anbelangt, der richtige Weg, hier eine einheitliche Befreiung zu gewähren. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir danken Ihnen. Herr Simon Jäckel, bitte.

Sv Jäckel (Deutscher Bauernverband e. V.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, Herr Abgeordneter, für die Nachfrage. Es ist richtig, dass in der Landwirtschaft - allerdings nur Pflanzenöl - steuerbefreit eingesetzt werden kann. Bei Biodiesel gab es jetzt erst kürzlich die Novelle, dass Biodiesel nämlich auch stärker besteuert wird und dadurch wegen des schlechteren Wirksamkeitsgrades gegenüber herkömmlichem, fossilem Dieselmotorkraftstoff den Wettbewerbsvorteil gänzlich eingebüßt hat, sodass man sich fragen muss, ob man da die richtige Entscheidung getroffen hat. Hinsichtlich der Pflanzenöltechnologie - das ist richtig, das ist dauerhaft steuerbefreit, allerdings über ein relativ kompliziertes Rückvergütungsverfahren, sodass es im Ergebnis steuerfrei ist - gibt es technische Machbarkeitsprobleme. Jeder Traktor in Deutschland ist für normalen Dieselmotorkraftstoff geeignet, für Pflanzenöl nicht. Die Umrüstkosten lohnen sich erst ab einer bestimmten Betriebsstundenanzahl. Das wäre natürlich ein Alternativvorschlag, den man machen könnte. Man könnte als Konjunktur-

programm ein Umrüstprogramm für die Landwirtschaft auflegen, das einen finanziellen Anreiz gibt, damit die bisherigen, konventionellen Traktoren auf Pflanzenöl umgerüstet werden können, damit wir dann den Wettbewerbsnachteil, den Pflanzenöl derzeit noch hat, wettmachen können.

Vorsitzender Eduard Oswald: Na gut, diese Antwort hat der Kollege Schultz vermutlich gar nicht provoziert. Aber Sie haben es geschafft, es ist im Raum. Gibt es an der Stelle noch eine Frage der FDP-Fraktion? Der Sprecher der FDP-Fraktion, Kollege Volker Wissing.

Dr. Volker Wissing (FDP): Besten Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an die Bundessteuerberaterkammer die befristete Anhebung der Betriebsvermögens- und Gewinn Grenzen im § 7g betreffend. Wie beurteilen Sie das?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Bundessteuerberaterkammer, Herr Jörg Schwenker.

Sv Schwenker (Bundessteuerberaterkammer): Das kann ich kurz machen! Das haben andere auch schon begrüßt. Das hat zwei Aspekte: Den Investitionsabzugsbetrag, die Sonderabschreibung. Das begrüßen wir!

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen herzlichen Dank. Fraktion DIE LINKE., Kollegin Dr. Barbara Höll. Bitte schön, Kollegin Dr. Barbara Höll.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE.): Danke. Ich hätte zwei Fragen an den DGB. Erstens: Noch mal kurz zurück zu den möglichen Schecks, um den Konsum anzuregen. In den USA ist das ja jetzt gemacht worden. Ich weiß nicht, ob Sie oder jemand anders sagen können, mit welchem Erfolg das verteilt wurde. Wie verhalten Sie sich dazu, das für alle zu verteilen? Ich weiß nicht, ich bräuchte keinen so einen Scheck, um meinen Konsum anzureizen.

Zwischenruf

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE.): Ich kaufe in Massen, natürlich! Eine zweite Frage - wir haben auch die Absetzbarkeit von Handwerksdienstleistungen, es spielte schon eine Rolle, die zeitlich zu begrenzen oder nicht: Wie schätzen Sie diesen Vorschlag ein, da die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse im Bereich privater Haushalte nachweislich seit 2005 zurückgegangen ist, obwohl wir schon jetzt eine steuerliche Absetzbarkeit haben? Wir haben sie zwar nicht in der Größenordnung, aber sie ist schon da? Wie schätzen Sie vor diesem Hintergrund den jetzigen Vorschlag ein? Sehen Sie einen Kosten-Nutzen-Effekt, der tatsächlich daraus erwächst? Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir danken Ihnen für die Frage. Deutscher Gewerkschaftsbund, Herr Dierk Hirschel.

Sv Hirschel (Deutscher Gewerkschaftsbund): Es ist richtig, wir haben international Erfahrungen mit der Austeilung von Konsumschecks. Wenn wir uns die Entwicklung in den Vereinigten Staaten ansehen, können wir, denke ich, rückwirkend konstatieren: Sie haben gewirkt! Sie haben die Talfahrt in den USA reduziert. Das sieht man, wenn man sich die Zahlen zum privaten Verbrauch anguckt, deutlich. Man muss natürlich sehen, dass es in den USA eine andere Konsum-Mentalität gibt. Insofern lassen sich die Bedingungen nicht 1:1 übertragen, aber wir wären die letzten, die sich gegen die Austeilung von Konsumschecks sträuben würden. Sie sollten dann allerdings nicht nur an sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ausgegeben werden, sondern auch an Rentner und Transferempfänger. Wir haben zur Stützung von geringen und mittleren Einkommensbeziehern vorgeschlagen, das steuerfreie Existenzminimum anzuheben und - damit einhergehend - die Hartz IV-Sätze anzuheben, aber man kann das, insbesondere wenn man das zeitlich befristen will, auch in Form von Konsumschecks machen. In dieser Frage würde es sozusagen das Placet des Deutschen Gewerkschaftsbundes geben. Auf die Frage der Absetzbarkeit von Handwerksdienstleistungen wird meine Kollegin Susanne Uhl antworten.

Vorsitzender Eduard Oswald: Frau Susanne Uhl, Sie haben das Wort.

Sve Uhl (Deutscher Gewerkschaftsbund): Vielen Dank. Ich gebe zu, die Antwort fällt mir nicht ganz leicht, weil ich natürlich im Vorfeld dieser Anhörung versucht habe, empirisches Material darüber zu bekommen, wie es eigentlich aussieht, wie die Maßnahme bisher gewirkt hat, hat das ...

Vorsitzender Eduard Oswald: Da müssen Sie selber arbeiten?

Sve Uhl (Deutscher Gewerkschaftsbund): Bitte? Ich arbeite selber, das stimmt! Hat das eigentlich gewirkt, was an Erleichterung gegeben worden ist? Es gibt dazu wenig empirisches Material. Dennoch scheint es eine Wirkung zu haben, die insbesondere die Kollegen von der IG Metall hervorheben. Deswegen begrüßen die auch zunächst die Maßnahme und sagen: Ja, man muss es, durchaus zeitlich befristet, aber man muss es versuchen, man muss mal gucken, was das für ein Ergebnis bringt. Ich glaube aber, dass das nicht die einzige Frage ist, an der es heute empirische Probleme gibt. Ich fand die Frage, die vorhin Herr Dr. Wissing von der FDP bezogen auf vielerlei Wirkungen der Unternehmenssteuerreform gestellt hat, leider gar nicht beantwortet, zumindest nicht empirisch begründet beantwortet, sondern eher so beantwortet, was man immer noch mal haben wollte. Welchen Zusammenhang bspw. die Funktionsverlagerungsteuer jetzt mit dem Konjunkturprogramm haben soll, erschließt sich mir nur sehr wenig, liebe Kollegen.

Zwischenruf

Sve Uhl (Deutscher Gewerkschaftsbund): Ich bin sicher, das wäre an der Stelle eine sehr interessante Nachhilfe. Aber vielleicht zunächst einmal soweit dazu. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Die nächste Fragestellerin ist unsere Kollegin Christine Scheel, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. Ich möchte Herrn Dr. Elkmann vom Verband der Internationalen Kfz-Hersteller und Frau Müller vom Deutschen Einzelhandelsverband mit Blick auf bestimmte Wirkungsmechanismen ansprechen. Bei der Kfz-Frage ist es die Überlegung: Reizt diese Maßnahme an, ein neues Auto zu kaufen, weil jetzt diese Steuerbefreiung befristet gilt? Hinterher habe ich ein Auto, bei dem ich einen hohen Verbrauch mit allen Konsequenzen, die damit für meinen Geldbeutel verbunden sind, habe. Oder finden Sie es nicht sinnvoller, dass man, um Verunsicherung zu beenden und Klarheit für die Zukunft zu haben, sagt: Es wäre besser, jetzt eine CO₂-basierte Kfz-Steuer aufzulegen, die dann auch in der Perspektive und nicht befristet, sondern für die nächsten Jahre, gilt; und das, um einen Anreiz zu setzen, mit dieser Idee der Verschrottungsprämie zu kombinieren? Da würde ich ganz gern noch einmal von Ihnen wissen, wie Sie das sehen. Und Frau Müller - diese Maßnahmen, die heute diskutiert wurden, degressive AfA und all diese Sachen, die da stehen: Haben Sie den Eindruck, dass sich das bei Ihren Unternehmen überhaupt in irgendeiner Form auswirkt? Wie sehen Sie diese Diskussion, die wir mittlerweile zu diesem Scheck führen?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Frau Kollegin Christine Scheel. Ich würde sagen, wir beginnen bei Ihnen, Herr Dr. Reinhard Elkmann. Herr Dr. Elkmann, Sie haben das Wort.

Sv Dr. Elkmann (Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e. V.): Vielen Dank für die Frage. Es ist in der Tat so, dass die Kraftfahrzeugsteuer-Befreiung bis zum 30.06. wohl nur einen begrenzten Anreiz an sich bietet, andererseits ist es ein Einstieg, es ist ein erster Schritt, ein Start. Und die geforderte Umstellung der Kfz-Steuer auf den CO₂-Bezug ist auch unserer Ansicht nach unbedingt dann notwendig - einfach um dem Bürger zu zeigen, die Konsequenzen seiner Kaufentscheidung sind dann klar. Er hat eine Zeitlang eine Steuerbefreiung. Anschließend wird sich die Steuer auf einen bestimmten Betrag belaufen. Aus dem Grunde sollte das in der Tat miteinander verzahnt werden.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Was sagt der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels dazu? Frau Birgit Müller.

Sve Müller (Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V.): Vielen Dank, Frau Scheel, für die Frage. Der Deutsche Einzelhandel hat sich die Maßnahmen natürlich auch genau angeschaut und ist jetzt nicht eine daraus in erster Linie begünstigte Branche. Das kann man schon sagen. Wir müssen sehen, dass der Konsum im Moment die einzige verbleibende Konjunkturstütze ist. Die Nachfrage im Inland wird schwächer. Wir hatten schwächere Lohnabschlüsse. Hinzu kommen die höheren Steuern und Sozialabgaben infolge der kalten Progression zum einen. Und zum anderen stellen sich im Sozialversicherungsbeitragsgefüge auch ständig Erhöhungen ein, die der Verbraucher zu spüren bekommt. Wir haben ferner die Situation, dass bei Arbeitsplatzverlust oder bereits bei der Befürchtung, der Euro eher dreimal umgedreht wird. Der Handel hat zwar in dem letzten Jahr 60 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, vor allem durch die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, davon übrigens die Hälfte im sozialversicherungspflichtigen Bereich. Wichtig ist aber, dass diese auch erhalten werden können. Das kann aus unserer Sicht nur dann passieren, wenn sowohl Bürger als auch Unternehmen nachhaltig entlastet werden. Kurzfristiger Aktionismus ist unangebracht. Es kommt darauf an, spürbare Sachen zu machen - und das ohne Rücksicht auf irgendwelche Wahltermine oder Sonstiges. Für uns steht in erster Linie die Befreiung von Steuermehrbelastung durch die kalte Progression auf dem Programm; das Ganze begleitet durch Strukturreformen in der Sozialversicherung, die auch den unteren Einkommensgruppen ermöglichen, davon zu profitieren. Es ist im Moment so, dass von jeder Lohnerhöhung nur gut die Hälfte überhaupt beim Verbraucher ankommt. Das Nächste ist „Reparatur Unternehmensteuerreform! Da brauche ich gar nicht viel zu sagen. Herr Welling hat das mit der Spirale, die da droht, vorhin schon mal angedeutet. Wir haben bestimmte steuerliche Regelungen. Zu denen zählen wir die Zinsschranke, den §8c KStG, der die Verlustnutzung stark beschränkt, aber auch die gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen, die hohe ertragsunabhängige Einflüsse auf die Bemessungsgrundlage haben. Die Bemessungsgrundlage ist durch die Unternehmensteuerreform entsprechend ausgeweitet worden, was sich im Handel durch die Hinzurechnung der pauschalen Finanzierungsanteile auf die Mieten besonders bemerkbar macht. Diese Maßnahmen gehören zeitnah auf den Prüfstand. Ganz wichtig! Dann wird das, kann man sagen, auch ganz schnell Wirkung zeigen. Denn das Problem ist Folgendes: Die Maßnahmen, die hier beschlossen werden sollen, setzen eigentlich relativ spät an. Sie sagen dem Verbraucher nämlich, wofür er Geld ausgeben soll. Wir denken, dass der Verbraucher einfach den Impuls braucht „Ich habe mehr Geld zur Verfügung, spürbar!“. Dann wird er auch mehr kaufen. Ein Signal wäre, wenn man tatsächlich mit dem Solidaritätszuschlag anfängt, den abschafft. Wir sagen da auch konkret „Abschaffen!“, denn er war auch nur befristet gedacht. Das wäre ein spürbares Signal - und zwar sowohl für Unternehmer als auch für Bürger, weil das alle begünstigen würde.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Frau Birgit Müller. Das waren die Antworten auf die Fragen unserer Kollegin Christine Scheel. Jetzt ist wieder der Kollege Olav Gutting für die Union an der Reihe.

Olav Gutting (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe noch einmal bezüglich des Steuerbonus für Handwerkerleistungen eine Frage an den Zentralverband des Deutschen Baugewerbes. Wie sehen Sie diese Auswirkungen im Bereich Schwarzarbeit? Und noch eine Frage im selben Bereich an die Deutsche Steuer-Gewerkschaft: Gibt es bereits von Seiten der Finanzverwaltung Erhebungen und Erfahrungen, wie sich der Steuerbonus für Handwerkerleistungen - wir haben ihn ja 2006 eingeführt - in der Praxis entwickelt?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Kollege Olav Gutting. Frau Barbara Rosset.

Sve Rosset (Zentralverband Deutsches Baugewerbe): Danke für die Frage. Es ist so, dass 38 Prozent der Schattenwirtschaft im Baubereich stattfindet. Wenn man also hier etwas unternimmt, bringt das nicht nur, dass der Konsum angereizt wird, sondern die Maßnahme finanziert sich durch höhere Umsatzsteuer, Lohnsteuer, Ertragsteuer quasi von selbst. Das hat einen Selbstfinanzierungseffekt. Von daher ist es aus unserer Sicht notwendig, dass nicht nur, wie bisher vorgesehen, 1 200 Euro, sondern genauso wie für die haushaltsnahen Beschäftigungsverhältnisse und die Dienstleistungen und Betreuungsleistungen 4 000 Euro absetzbar sind - also mehr als dreimal so viel wie der zukünftige Handwerkerbonus. So wird das dann auch wirklich spürbar und schafft einen Anreiz für die Haushalte, den Bonus in Anspruch zu nehmen. Denn man muss sich vorstellen: Derzeit stehen die meisten, die durch diesen Handwerkerbonus angesprochen werden sollen, vor der Frage: Ich muss mein Haus wärmer anziehen! Ich muss ein Wärmedämm-Verbundsystem einbauen! Ich muss meine Heizung sanieren! Das sind Maßnahmen, die deutlich teurer sind, als die 6 000 Euro Fördervolumen. Darum wäre es angebracht, dass auch für den Handwerkerbonus das erhöhte Fördervolumen angesetzt wird.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Wir geben weiter an Herrn Dieter Ondracek. Sie haben schon gedacht, Sie kommen heute gar nicht mehr zu Wort. Sie haben das Wort.

Sv Ondracek (Deutsche Steuer-Gewerkschaft): Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Gutting, ich fordere nicht mehr, wie es anscheinend üblich ist, sondern ich sage, wie nach unserer Feststellung die Wirkung ist. Die Handwerkerrechnungen waren vor allem deswegen in den Veranlagungsstellen der Finanzämter spürbar, weil die Belege vorgelegt werden müssen und dadurch den Arbeitsfluss gestört haben.

Heiterkeit

Sv Ondracek (Deutsche Steuer-Gewerkschaft): Ohne zahlenmäßig exakte Erhebungen weiß ich von den Kolleginnen und Kollegen, dass es eine erhebliche Zahl war, die diese Bestimmung in Anspruch genommen haben. Es sind also nicht Einzelfälle, sondern es ist eine erhebliche Zahl, die die bisherige Regelung in Anspruch genommen hat. Wie viel Schwarzarbeiter dadurch zu weißen Arbeitern geworden sind, wissen wir in den Finanzämtern nicht, aber es liegt die Vermutung nahe, dass etliches, was vorher im Schwarzbereich gelaufen ist, nun offiziell gelaufen ist, weil man von der Steuer einen Bonus bekam, von der Steuer eine Rückvergütung erwarten konnte. Gefühlsmäßig würde ich sagen: Die Hälfte kommt aus Schwarzarbeit, die andere Hälfte wäre so oder so über normale, legale Arbeit gekommen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Meine Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, man kann immer noch weiter diskutieren, aber wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir sehr viele Meinungen und Stellungnahmen gehört haben. Wir haben Ihnen zu danken. Wir sichern Ihnen zu, dass wir Ihre Argumente und Vorschläge mit in die Beratungen einbeziehen, danken Ihnen für Ihre Anwesenheit, für Ihren Sachverstand und freuen uns, wenn wir uns bei der einen oder anderen Gelegenheit wieder sehen. Sie sind immer herzlich willkommen. Wir laden Sie aber auch immer zum Dialog ein - nicht nur bei jeweiligen Sachverständigen-Anhörungen. Alles Gute, vielen herzlichen Dank. Die Anhörung ist geschlossen.

Ende: 16.27 Uhr

Up/Boe/Fre/Was